



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DER ZUSTAND DES SYSTEMS PUTIN 3.0

■ VON DER REDAKTION	
На дачу – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
Konservative Gegenrevolution: Beleg für Russlands Stärke oder Schwäche?	2
Jadwiga Rogoża, Warschau	
■ ANALYSE	
»Volk« und »Macht« Die schwache Verankerung des Systems Putin in der Gesellschaft	6
Hans-Henning Schroeder, Bremen	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?	10
Ergebnisse der Dumawahlen 1993–2011	10
■ UMFRAGE	
Die innenpolitische Entwicklung in Umfragen	11
■ RATING	
Die wichtigsten 50 russischen Politiker	15
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Phantom des Imperiums	17
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Was hat der Kreml weiter mit der Ostukraine vor?	20
Jens Siegert, Moskau	
■ UMFRAGE	
Die Entwicklung in der Ukraine in russischen Umfragen	22
Einstellungen zu anderen Ländern	23
Russland und die Länder der Welt	24
■ CHRONIK	
3. – 17. Juli 2014	27



На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 282 – erscheint voraussichtlich am 25. September 2014. Geplant sind u. a. Ausgaben zu den Regionalwahlen am 18. September, zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, zur russischen Wirtschaft sowie zu Medienfragen.

Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Christoph Laug, Sergey Medwedew, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Konservative Gegenrevolution: Beleg für Russlands Stärke oder Schwäche?

Jadwiga Rogoza, Warschau

Zusammenfassung

Nach der Annexion der Krim erscheint die Regierung Russlands stärker denn je. Die Unterstützung in der Bevölkerung für Putin ist drastisch in die Höhe geschossen, seine Opponenten sind auseinandergestoben oder zum Schweigen gebracht worden; seine Politik der harten Hand trifft kaum auf Widerstand. Dieser Beitrag untersucht die Kosten, die Russland für die politische »Stabilität« und die geopolitischen Erfolge des Kreml zu tragen hat.

Autoritärer Wendepunkt

Mit der Annexion der Krim und dem weiteren Vorgehen in der Ukraine hat Russland ein neues Kapitel aufgeschlagen, nicht nur in seiner Außenpolitik, sondern noch grundlegender in seiner innenpolitischen Entwicklung. Dennoch markierte das Jahr 2011 den Wendepunkt, der die aktuelle Entwicklung bestimmte. Eine kleine Gruppe von Entscheidungsträgern hatte da eine strategische Wahl zur Natur der Führung Russlands getroffen. Durch den Verzicht auf eine Wiederwahl Medwedews verwarfen die Machthaber ein »evolutionäres« Szenario, das viele Merkmale des Putinschen Modells bewahrt, aber auch die Möglichkeit für eine kontrollierte und schrittweise Dezentralisierung der Macht zugunsten unterschiedlicher Gruppen innerhalb der Elite geboten hätte. Stattdessen entschied man sich für das »konservative« Szenario in Gestalt von Putins Rückkehr auf den Präsidentensessel. Diese Entscheidung hat dazu geführt, dass ein einziges Entscheidungszentrum formal wiederhergestellt wurde, eine Rezentralisierung der Macht auf föderaler wie auch regionaler Ebene erfolgte und eine Welle von Maßnahmen getroffen wurde, die Reformen zuwiderlaufen. Putins Rückkehr war mehr als nur ein Stühlerücken, bei dem die offensichtliche und unbestrittene Führungsfigur den angestammten Posten wieder übernimmt. Es war eine strategische Entscheidung der herrschenden Gruppe über die zukünftige Entwicklung Russlands.

Der Rest ist Geschichte, könnte man sagen: Mit der Entscheidung wurden die Maßnahmen zur Machterhaltung bestimmt. Der Kreml definierte die Ziele neu und machte sich an deren Umsetzung. Vordringlichstes Ziel war es, der Gefahr von Unruhe entgegenzuwirken, die bei den aktiven, städtischen Bevölkerungsgruppen und einigen der Eliten (bei einem Teil der staatlichen Bürokratie und bestimmten Unternehmerkreisen) zu Tage getreten war. Für diese war Putins Rückkehr ein Symbol für wirtschaftliche Stagnation, politische Restriktion, einen wachsenden Einfluss der Sicherheitsbehörden und eine Unsicherheit bei der Garantie von Eigentumsrechten, was sie dem Staat gegenüber weiterhin verwundbar machte. Putin begegnete den Anzeichen, dass man seiner Herrschaft müde war und Unzufriedenheit äußerte, mit einer Reihe von harschen politischen Maßnahmen sowie politischen und sozialen Restriktionen (die sich bis in den Bereich des Privatlebens und der Moralnormen erstrecken), mit einem antiwestlichen und konservativen Aufwall, und mit aggressiver Expansion bei der Verteidigung dessen, was Russland als seine Zone privilegierter Interessen definiert.

Putin 3.0 – besondere Merkmale

Putins gegenwärtiges Modell der Regierungsführung ist nicht gänzlich neu, und es ist weitgehend eine Fortsetzung des Systems, das er in den 2000er Jahren entwickelt

hatte. Vor dem sich wandelnden politischen und sozialen Hintergrund sind einige neue Elemente entstanden. Die wichtigsten sind eine zunehmende Personalisierung der Kreml-Politik, eine Zuspitzung und Ausweitung der repressiven Maßnahmen und der Staat eines konservativen Ideologie-Projekts, das mit den moralischen Restriktionen und der vehementen antiwestlichen Ausrichtung korrespondiert.

Putins Regierungsmodell hat stets eine Personalisierung der Macht bevorzugt auf Kosten eines Aufbaus dauerhafter Institutionen. Der Grad der Personalisierung nimmt allerdings sichtlich zu. Was einst ein kollektiver Lenkungsstil a la »Putin und sein Politbüro« gewesen war, wird zunehmend zu einem »Putin gegen den Rest der Welt«. Putins Kreml tritt nun einem Teil der eigenen Unterstützerbasis entgegen, insbesondere jenen, die eine liberaler ausgerichtete Politik erwartet, und damit Putin in dessen Augen »verraten« hatten. Anstelle eines »erkauften Loyalität« wie in den 2000er Jahren ging Putin zu einer »erzwungenen Loyalität«. Er änderte die Mechanismen zur Lenkung der Eliten von Anreizen (Verteilung von Vermögen und Posten, Gewährung von Immunität) zu negativen Sanktionen (Machtdemonstration und selektive Strafen zur Verbesserung von Kontrolle und Disziplin). Er hat eine Politik begonnen, die mit »Nationalisierung der Eliten« betitelt wurde und zu einer strengeren Kontrolle von Vermögen im Ausland, das von Amtsträgern besessen wird sowie von deren Tätigkeit dort; das sollte deren Abhängigkeit vom Kreml erhöhen. Zu dieser Kampagne gehörten auch gegen einflussreiche Mitglieder der Staatsverwaltung gerichtete Korruptionsskandale sowie die Schaffung einer Datenbank von »kompromat« (kompromittierenden Materialien), die von Beratern des Präsidenten angelegt wurde und Auflistungen über den Besitz, den die Betroffenen in Russland und im Ausland haben. Putin betont auch gern seinen Status als wichtigster Entscheider, der willkürlich und oft unberechenbar handelt. Zu den jüngsten Beispielen willkürlicher Entscheidung gehören die gegen die Eliten gerichteten Regelungen, einige außenpolitische Entscheidungen, die eine Überraschung für das Außenministerium bedeuteten, und die plötzliche Freilassung von Michail Chodorkowskij.

Wegen des zunehmenden Misstrauens gegenüber seiner politischen Basis hat Putin Veränderung in seiner engsten Umgebung vorgenommen, wobei er Leute mit KGB-Hintergrund und willfähige Erfüllungshelfer für seine repressive Politik förderte. Solche Menschen hatten stets zu seiner Mannschaft gehört, aber auch einem Gegengewicht durch andere Gruppen mit liberaleren Haltungen gegenüberstanden. Derweil umfasst Putins engster und vertrautester Kreis überwiegend »falkenartige« Funktionäre und seine langjäh-

rigen Geschäftspartner, von denen die meisten einen KGB haben. Zu den einflussreichsten Genossen gehören die Spitzenvertreter der Präsidentialadministration Sergej Iwanow, Wjatscheslaw Wolodin und Jewgenij Schkolow, der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin, Rosneft-Chef Igor Setschin, der Vorsitzende des Strafverfolgungskomitees Alexander Bastrykin sowie die Chefs von Staatskorporationen bzw. -unternehmen Wladimir Jakunin (Russische Eisenbahnen) und Sergej Tschemesow (Rostech). Zu nennen sind auch Jurij Kowaltschuk, Gennadij Timtschenko und Arkadij Rotenberg, Privatunternehmer, die mit Putins Unterstützung ein Vermögen gemacht haben. Wenn auch einige dieser Personen kein staatliches Amt bekleiden, sind ihre Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen des Staates enorm. Ein Beispiel ist Schkolow, ein wenig bekannter Funktionär, dem die delikate Mission anvertraut wurde, das Vermögen und die Deals der Elite zu überwachen. Die »Tauben«, die einst Schlüsselfiguren in Putins Mannschaft waren, sind in die Defensive: Prominente wie Ministerpräsident Dmitrij Medwedew, der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin und der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Kosak, der Chef der Sberbank German Gref und andere Unternehmer, Diplomaten und bestimmte Kabinettsmitglieder.

Konservative Stützen des politischen Modells

Eine weitere Neuerung während Putins dritter Amtszeit ist der Aufschwung konservativer Ideen in der Rhetorik Moskaus, die sowohl ins Inland wie auch ins Ausland gerichtet sind. Die Rhetorik ist nun reich an Referenzen an russische nationale Traditionen, den orthodoxen Glauben und eine moralische Bestimmung der »Russischen Welt« die den westlichen Gesellschaften gegenüber, denen wegen ihres »moralischen Verfalls« ein Niedergang attestiert wird, überlegen sei. Der Westen wird als Aggressor gesehen, der in Russlands Interessensphäre vordringt, und als Quelle alternativer politischer und bürgerlicher Werte. Wenn auch moralische Begrifflichkeiten in dieser Rhetorik überwiegen, besteht das Rückgrat in Wirklichkeit in einer Opposition zum westlichen Regierungsmodell und den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft dort.

Während in der Mentalität der herrschenden Gruppe in Russland (die noch aus deren KGB-Vergangenheit herrührt) antiwestliche Ansichten tief verwurzelt sind, sollten die konservativen Werte, die sie vertreten, nicht als Abbild ihrer echten Ansichten oder Grundideologie behandelt werden. Vielmehr ist der Konservatismus zu einem politischen Projekt geworden, das aktuellen Zielen dienen soll, also einer ideologischen Unterfütterung für Putins Herrschaftssystem. Es ist also mit

anderen Worten das Ziel, ein (post)sowjetisches Herrschaftsmodell zu bewahren (»konservieren«), eines, das von oben nach unten ausgerichtet ist, mit einer klaren Grenze zwischen Herrschenden und Beherrschten und mit einer zentralisierten und personalisierten Macht, die der Gesellschaft gegenüber nicht verantwortlich ist. Die von Putin propagierte Vision ist weniger als »konservativ« zu bezeichnen, sondern eher »reaktionär« und »rückwärtsgewandt«. Die Maßnahmen, die unter dem Banner des Konservatismus laufen im Kern auf eine Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten hinaus. Die Gesetze, die das Parlament nach Absegnung durch den Kreml verabschiedet hat, stellen verschiedenen Formen politischer und sozialer Aktivität unter Strafe, schnüren den Griff des Staates um das Internet und die Meinungsfreiheit enger, verstärken die Kontrolle über Bürgerinitiativen (NGOs) und stellen »unmoralische Handlungen« und eine »Verletzung der Gefühle von Gläubigen« unter Strafe.

Der Einsatz von Ideologie zu politischen Zwecken ist in Russland nichts Neues; der Begriff der »souveränen Demokratie«, der von Wladislaw Surkow Mitte der 2000er erdacht wurde, ist ein markantes Beispiel für solche Taktiken aus der Vergangenheit. Diesmal ist der antiwestliche Ton von wiederholten Referenzen an konservative Werte durchgezogen. Die begannen ungefähr seit 2011 in Putins Reden aufzutauchen, vor seiner Rückkehr als Präsident und als Reaktion auf die sozialen Veränderungen, die Russland erschütterten. In dieser Zeit begannen Angehörige der urbanen Mittelschicht (auch einige Angestellte der staatlichen Verwaltung), das bestehende autoritäre Staatsmodell in Frage zu stellen. Die Unzufriedenheit erreichte während der massenhaften Straßenproteste um den Jahreswechsel 2011/2012 ihren Höhepunkt. Ein zentrales Element der repressiven Politik, die als Antwort verfolgt wurde, war konservative und antiwestliche Rhetorik mit dem Zweck, Andersdenkende zu stigmatisieren. In seinen öffentlichen Reden brandmarkt Putin seine Gegner als »fünfte Kolonne« des Westens, »Nationalverräter« und »ausländische Agenten«, alles vor dem Hintergrund der »verfallenden Moral« des Westens. Putin trennte somit symbolhaft die »gesunde und konservative« Mehrheit der russischen Gesellschaft von einer entfremdeten »kosmopolitischen« Minderheit, die angeblich im Interesse des Westens handelt.

Was 2011/2012 als defensives, gegen den »liberalen Aufruhr« gerichtetes Projekt begann, entwickelte sich bis 2013/2014 zu einer offensiven Unternehmung. Konservative Rhetorik wurde zum Instrument bei Moskaus diplomatischer Offensive, die das Vorgehen des Westens in Syrien und im postsowjetischen Raum zum Ziel hatte; insbesondere wurde gegen die Pläne der Ukraine,

Moldaus und Georgiens vorgegangen, Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Überaus wertvolle Unterstützung bei der externen Propagierung von Putins konservativem Projekt leisteten das Fernsehen von Russia Today und *Soft Power*-Organisationen (»Russkij Mir«, »Rossotrudnitschestwo« und verschiedene orthodoxe Organisationen, etwa die St. Andreas-Stiftung). Putin präsentierte Russland (und sich selbst) als einzige Verteidiger »heiliger, konservativer« Werte, die durch den moralischen Verfall und die doppelten Standards des Westens gefährdet seien. Putins Rhetorik rief überraschenderweise in rechten Kreisen des Westens, darunter bei Pat Buchanan, der Anführerin der französischen Rechtsextremen, Marine LePen, der rechtsextremen NPD in Deutschland und sogar bei polnischen »Radikalliberalen« wie Janusz Korwin-Mikke Begeisterung hervor.

Die Krise als Verstärker: Der Fall der Krim

Die strategische Entscheidung, das System »einzufrieren« erhöhte die Gefahr einer Stagnation, da die Wirtschaft politisiert und ineffizient bleibt, und die aktivsten und innovativsten Bevölkerungsgruppen mit zehllösen Restriktionen überzieht. Obwohl Putin selbst eingeräumt hat, dass das rohstofforientierte Wirtschaftsmodell Russlands sich erschöpft hat, bot seine Politik keinerlei Alternative an. Durch das Verwerfen eines »Entwicklungs-Szenarios« musste der Kreml zu »Not-Szenarien« Zuflucht nehmen, um die Nation zu mobilisieren und sie um den Herrscher herum zu konsolidieren. Für Putin war das nicht die schlechteste Lösung. Über seine gesamte Regentschaft hinweg waren es »Notfälle« unterschiedlicher Art, die seine Popularität am stärksten hochschnellen ließen. Er hatte 1999, nach den Bombenanschlägen auf Wohngebäude in Moskau und Wolgodsck und dem Militäreinsatz in Tschetschenien einen schnellen politischen Aufstieg erlebt. Seine Umfragewerte erreichten 2008 während des Krieges mit Georgien mit 88% einen Höhepunkt, der 2014 nach der Annexion der Krim mit 86% (Umfragen des Lewada-Zentrums) fast wieder erreicht wurde.

Die Annexion der Krim im März 2014 wurde zu einer der »meistgefeierten Erfolgsgeschichten« Russlands unter Putin. Die Annexion, die so plötzlich und unerwartet erfolgte, passte perfekt auf die neue Bühne der russischen Staatswerdung und der aggressiven Gewährleistung der Kontrolle über Russlands »privilegierte Interessenssphären«. Auf kurze Sicht bedeutete die Annexion der Krim einen mächtigen Schwung: Sie hat nicht nur Putins Umfragewerte befördert, sondern versorgte ihn mit einem Blankoscheck für einen weiteren autoritären Staatsaufbau. Diese Unterstützung durch eine »überwältigende« Mehrheit wird als ausreichende Begründung

behandelt, die Schrauben fester anzuziehen. Oppositionsaktivisten sehen sich zusätzlichen Verfolgungen ausgesetzt (insbesondere Alexej Nawalnyj und seine Verbündeten), es werden eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die sich gegen Blogger und globale Internetunternehmen richten, bei mehrfacher Staatsbürgerschaft und Zahlung per Internet wird die Kontrolle verschärft, und Gesetze zu Extremismus und Gotteslästerung werden mit Blick auf politische Opponenten entworfen. Diese konzentrierte Unterdrückung hat Putins liberale Opponenten in Verwirrung gestürzt, sie wurden versprengt und zum Schweigen gebracht; viele wurden ihres Einkommens beraubt, da ihre Projekte und Medien geschlossen wurden. Viele prominente Figuren haben Russland verlassen, bekannte Journalisten, NGO-Aktivisten, Geschäftsleute und Experten. Diese Emigration ist als »Emigration der Desillusionierten« bezeichnet worden, von denen die meisten in die Ukraine zogen und Kiew zur neuen Hauptstadt der russischen Opposition gemacht haben. Die russische Hauptstadt Moskau blieb zurück, um Zeuge von Putins scheinbarem Triumph zu werden, den kaum jemand in Frage stellt.

Tönerne Füße?

Die Annexion der Krim und die Eindämmung der Unzufriedenheit haben die Unterstützung für die derzeitigen Machthaber steigen lassen und sie haben zu einer Stabilisierung ihrer Herrschaft beigetragen. Diese Maßnahmen werden aber die ungelösten und sich weiterhin akkumulierenden systemimmanenten Probleme der Wirtschaft nur vorübergehend verdecken können. Fossile Rohstoffe machen einen zunehmenden Anteil der Haushaltseinnahmen aus, ausländische Direktinvestitionen sind auf 40 Prozent des Niveaus von 2013 gefallen und die Kapitalflucht hat sich verdoppelt. Ein drastischer, schwieriger abzuschätzender Verlust ist die Emigration innovativster Personen, die treibende Kräfte einer Modernisierung hätten sein können, falls ihnen ausreichend Freiheit gegeben ist.

Die außenpolitischen Erfolge Russlands sind mehr als zweifelhaft. Die anfängliche Krim-Euphorie macht Befürchtungen und ersten Anzeichen von Unzufriedenheit mit der neuen strengen Realität Platz. Viele Bewohner der Krim haben ihre Einkommensgrundlage verloren, weil die Tourismusbranche mit den durch die Annexion verursachten Problemen zu kämpfen hat. Darüber hinaus bewirken die russischen Gesetze, die nun auf der Halbinsel gelten, dass Gesellschaft und Unternehmer sehr viel ungeschützter gegen staatlichen Raub sind, als noch unter den ukrainischen Gesetzen. Hinzu kommt, dass Russland den Propagandakrieg in der Ostukraine allmählich zu verlieren scheint: Die Stimmungen in Donetsk und Luhansk wenden sich so

langsam gegen Putin, von dem gesagt wird er habe die Menschen dort alleingelassen und verraten. In Dnepropetrowsk und Odessa, Städten, die sich nie einer starken ukrainischen Identität rühmten, hat die militärische Aggression einen Aufschwung von proukrainischem Patriotismus und antirussischen Haltungen stimuliert. Die weitere Entwicklung in der Ukraine könnte sehr wohl für Russland Herausforderungen mit sich bringen, die dessen Krim-Sieg wettmachen würden.

Entwicklung oder Stabilität ?

Putins Herrschaftsmodell mag zwar der Entwicklung des Landes nicht dienlich sein, aber es fördert die Dauerhaftigkeit seines Regimes. Man könnte sogar sagen, dass die schnelle Wirtschaftsentwicklung Putin einen üblen Streich gespielt. Sie ließ soziale Gruppen aufsteigen, die nach der Befriedigung ihrer grundlegenden ökonomischen Bedürfnisse höhere, nicht ökonomische Erwartungen entwickelten, die nicht zum Putinschen Staatsmodell passten. Diese Gruppen waren dann für den Kreml die eigentlichen Unruhestifter, nicht die ärmere Mehrheit, die Schwierigkeiten gewöhnt ist und geduldig abwartet, bis die harten Zeiten vorbei sind. Trotz Erklärungen, dass die Leute zu Protesten bereit sind, wenn sich die Lage verschlechtert, hat es keine Massendemonstrationen gegeben, die durch wirtschaftliche Schwierigkeiten getrieben waren, nicht einmal während der Krise von 2008/2009. Es scheint, als würden wirtschaftlich harte Zeiten als destabilisierender Faktor oft überschätzt. Proteste dieser Art könnten erfolgen, wenn der Ölpreis fällt, doch ist das seit Jahren nicht geschehen, trotz zahlreicher Vorhersagen, dass der Ölmarkt übersättigt sei.

Politische und wirtschaftliche Stagnation stehen auf Putins gegenwärtiger Agenda und werden als ein Weg betrachtet, auf dem die eigene Macht so lang wie möglich zu bewahren wäre. Wenn es auch rückwärts gerichtet sein mag – das System hat auch seine Sicherheitsvorteile: gesellschaftliche Trägheit, versprengte Opponenten und stabile Preise auf fossile Rohstoffe. Das System ist offensichtlich anfällig für Probleme und wird sich wohl vielen Herausforderungen gegenüber sehen, doch seine zunehmende Verschlossenheit und Geheimhaltung sowie die Unberechenbarkeit machen es schwierig, den entscheidenden Faktor zu diagnostizieren, der schließlich den Wandel bringt. Eines ist sicher: Wenn ihre Macht bedroht wird, werden die Entscheidungsträger an der Spitze jedes Mittel einsetzen, diese zu verteidigen. In ein paar Jahren könnte eine weitere »Krim« vonnöten sein. Was wird das dann sein?

*Übersetzung: Hartmut Schröder
Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie
auf der nächsten Seite.*

Über die Autorin

Jadwiga Rogoża ist Senior Fellow in der Russlandabteilung des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau.

Lesetipps

- Greene, Samuel, Graeme B. Robertson: Identity, Nationalism, and the Limits of Liberalism in Russian Popular Politics [=PONARS Eurasia Policy Memo Nr. 323], Juni 2014 <http://www.ponarseurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Pepm323_GreeneRobertson_June2014.pdf>
- Petrov, N., M. Lipman, H. E. Hale: Three dilemmas of hybrid regime governance: Russia from Putin to Putin, in: Post-Soviet Affairs, 30.2014, Nr. 1, S. 1–26.
- Rogoża, Jadwiga: Federation without federalism. Relations between Moscow and the regions [=OSW Studies 49], April 2014; <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/ang_prace_49_federacja_bez_net.pdf>
- Rogoża, Jadwiga: In Putin's Shadow. Dmitry Medvedev's presidency [=OSW Policy briefs 2011, No 25], 30.11.2011; <<http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/policybriefs26.pdf>>
- Rogoża, Jadwiga: 'The Power Gained, We Will Never Surrender'. Russian ruling elite versus the succession and economic crisis [OSW Policy Briefs 19], Oktober 2009 <<http://osw.waw.pl/files/PUNKTWIDZENIA19.pdf>>
- Shevtsova, Lilia: The Putin Doctrine: Myth, Provocation, Blackmail, or the Real Deal? When it comes to explaining Russia's Ukrainian adventurism, the West has attempted to hide behind a wall of myths and hope its problems will just go away, in: The American Interest, 14. April 2014; <<http://www.the-american-interest.com/articles/2014/04/14/the-putin-doctrine-myth-provocation-blackmail-or-the-real-deal/>>

ANALYSE

»Volk« und »Macht«**Die schwache Verankerung des Systems Putin in der Gesellschaft**

Hans-Henning Schroeder, Bremen

Zusammenfassung

Das System Putin basiert auf Konsens. Die Führung setzt auf Akzeptanz durch die Bevölkerung und organisiert sich durch Wahlen immer wieder Legitimität. Doch dieses politische Arrangement ist fragil. Dem Regime ist es nicht gelungen, die Bevölkerung über eine Massenpartei oder durch ein funktionierendes Mehrparteiensystem in den politischen Prozess einzubinden. Immerhin wurde durch Aufbau einer Vertikale der Macht sichergestellt, dass die politische Kontrolle fest in den Händen der Eliten liegt.

Die Akzeptanz des Regimes durch die Bevölkerung ist in der Vergangenheit vor allem über Personalisierung erreicht worden: Präsident Putin fungierte über lange Jahre als Identifikationsfigur. Seit der Finanzkrise 2008 verliert die PR-Figur Putin aber an Strahlkraft. Die patriotische Welle nach der Eingliederung der Krim hat das Regime wieder stabilisiert. Doch dies beseitigt nicht die strukturellen Defizite des Systems Putin. Und wenn es nicht gelingt, die Akzeptanz durch die Bevölkerung zu erhalten, dann ist auch denkbar, dass das Regime stärker zu repressiven Methoden greift.

Ein Anschein von Demokratie

Herrschaft basiert im heutigen Russland auf Konsens. Gewiss werden von »der Macht« – der Obrigkeit, dem politischem Establishment – gegen Gegner und Konkurrenten mitunter auch repressive Mittel eingesetzt, doch beruht das System im Kern auf der Akzeptanz der Führungsgruppe durch die Mehrheit der Bevölkerung, einer Akzeptanz, die die Führung immer wieder neu erwerben und in Wahlen bestätigen lassen muss.

Insofern kann man das politische System der Putin- und der Medwedew-Ära als eine Form elektoralen Autoritarismus bezeichnen – ein System, das die Herrschaft der Führungsgruppe sichert, indem es ihr Legitimation durch Wahlen verschafft, die Wahlen aber so eingerichtet werden, dass der Ausgang zugunsten der »Macht« gewährleistet ist. Wie es ein Politologe formuliert hat: »Elektoraler Autoritarismus ist ein System, in dem Oppositionsparteien Wahlen verlieren«. Zur Sicherung

des Wahlerfolgs steht den Eliten eine Vielzahl gesetzlicher und ungesetzlicher Kunstgriffe zur Verfügung, mit denen sie politische Konkurrenz ausschalten kann. Allerdings geht die Führung damit stets ein gewisses Risiko ein. Greift sie zu stark in den Wahlprozess ein, macht sie das gesamte Verfahren unglaubwürdig und verliert die Legitimation, wie es bei der Dumawahl im Dezember 2011 der Fall war. Lässt sie der gesellschaftlichen Willensbildung freie Hand, besteht die Gefahr, dass sich oppositionelle Kräfte durchsetzen, wie dies teilweise bei den Regionalwahlen im Herbst 2013 geschah.

Die »Lenkung« der Gesellschaft kann sich aber nicht nur auf die Zeit der Wahlen beschränken. Die »Macht« – die »wlast« – muss kontinuierlich mit dem »Volk« (»narod«) kommunizieren, um gesellschaftliche Stimmungen aufzunehmen, politische Probleme und soziale Spannungen rechtzeitig zu erkennen. Sie muss Führungspersonal rekrutieren, politische Strategien formulieren, kurz, sie muss »Politik machen«, wenn sie Staat und Bevölkerung sicher kontrollieren will. Die Stabilität des Systems hängt von der Fähigkeit der Führung ab, die Bevölkerung einzubinden, die Gesellschaft und das politische System zu integrieren.

Institutionen: Parteien und Volksfront

In parlamentarischen Demokratien westlichen Typs sind es gewöhnlich Parteien und Verbände, die die Interessen gesellschaftlicher Gruppen aggregieren, formulieren und sie in der Parlaments- und Regierungsarbeit in Politik umsetzen. Auch Russland verfügt mit der Duma, dem Föderationsrat und der Gesellschaftskammer sowie mit den regionalen Parlamenten über Gremien, die eigentlich dafür vorgesehen sind, eine institutionelle Verbindung zwischen Gesellschaft und Politik herzustellen. Tatsächlich aber ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in Parlamente, Parteien oder Abgeordnete gering. Die Parlamente spielen im politischen Prozess eher eine untergeordnete Rolle. Und trotz mehrerer Anläufe ist es bisher nicht gelungen, ein Parteiensystem zu etablieren, das in der Gesellschaft breit verankert wäre.

Betrachtet man die Ergebnisse der Dumawahlen von 1993 bis 2011 [vgl. Grafik 2 und Tabelle 1 auf S.10/11], dann wird deutlich, dass sich über lange Jahre keine Partei oder Parteienkoalition durchsetzen konnte. Verschiedene Versuche, eine Regierungspartei zu etablieren, scheiterten. Die Reformpartei »Russlands Wahl«, an deren Spitze der Wirtschaftsreformer Gajdar stand, erhielt bei den ersten Wahlen, bei denen sie antrat, gerade einmal 15,5%. Die Partei »Unser Haus Russland«, der Ministerpräsident Tschernomyrdin vorstand, erreichte nicht einmal diesen Wert und geriet rasch in Vergessenheit. Erst die Partei »Einheit«, die der Politi-

ker und Finanzjongleur Boris Beresowskij im September 1999 gründete, um den neuernannten Ministerpräsidenten Wladimir Putin eine Basis in der Duma zu verschaffen, hatte Erfolg und verzeichnete vier Monate nach ihrer Gründung immerhin einen Stimmenanteil von 23,3%. Doch erst die Zusammenlegung dieser Partei mit der Gegenründung »Vaterland – Ganz Russland« zur Partei »Einiges Russland« schuf einen Mehrheitsblock, der die Regierung wirksam in der Duma unterstützen konnte. Die Reform der Parteiengesetzgebung 2004 und die Wahlreform 2005 führten dann zu einer Konsolidierung des Regimes, da nur noch die Systemparteien – neben »Einiges Russland« die Kommunisten und die Liberaldemokraten Shirinowskij)s die Chance hatten, sich bei Wahlen durchzusetzen.

Es war Wladislaw Surkow, der langjährige Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, der diese Konstruktion erdacht hatte und sie über lange Jahre erfolgreich handhabte. Sein Versuch, neben der Partei rechts der Mitte (»Einiges Russland«) auch eine links der Mitte zu erschaffen, die Partei »Gerechtes Russland«, und so eine funktionierende Zwei-Parteien-Demokratie zu simulieren, hatte allerdings keinen Erfolg, da die Wähler »Gerechtes Russland« nicht annahmen: Bei den ersten Wahlen, zu denen die Partei antrat, erreichte sie lediglich 7,8%.

Bis auf die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) waren alle diese Parteien Kopfgeburten. Sie entstanden nicht von unten, sondern wurden am grünen Tisch erdacht. Viele Parteien hatten nur wenige Mitglieder und waren außerhalb der Hauptstadt nicht präsent. Erst das Parteiengesetz von 2004 zwang die Parteien, eine bestimmte Mitgliederzahl (50.000) nachzuweisen und regionale Strukturen aufzubauen. In diesem Kontext bezifferte »Einiges Russland« seine Mitgliedschaft auf 2 Mio. (1,4% der Bevölkerung). Allerdings konnte die Organisation im Zentrum und in den Regionen auf massive Unterstützung durch die Machthaber rechnen. Die Mitgliederzahlen anderer Parteien waren niedriger: »Gerechtes Russland« gab 414.000 Mitglieder an (0,3% der Bevölkerung), die KPRF und Shirinowskij)s Liberaldemokraten 150.000 bzw. 180.000. Insgesamt waren etwa 2–3% der russischen Bevölkerung in einer der Parteien registriert.

Vergleicht man das mit der Sowjetzeit, dann wird deutlich, dass die Erfassung der Bevölkerung nicht hoch ist. Die KPdSU hatte in den 1980er Jahren in der RSFSR, der russischen Sowjetrepublik, etwa 6% der Bevölkerung in ihren Reihen. Hinzu kam noch der kommunistische Jugendverband Komsomol, der Ende der 1970er Jahre etwa 60% der Jugendlichen erfasste. Im Vergleich mit KPdSU und Komsomol sind politische Strukturen im heutigen Russland schwach entwickelt.

Zudem misstraut die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Parteien – wohl ein Erbe der Sowjetzeit. Man erwartet nichts Gutes von Ihnen und bringt sie mit Korruption und Misswirtschaft in Verbindung. Das trifft insbesondere »Einiges Russland«, die »Partei der Macht«. Als Alexej Nawalnyj sie 2011 als »Partei der Gauner und Diebe« bezeichnete, war diese Charakterisierung alsbald in aller Munde. Dieses verheerende Image war auch verantwortlich für das schlechte Abschneiden der Partei bei den Dumawahlen 2011, das dann durch massive Fälschungen kaschiert werden sollte.

Angesichts des schlechten Images der Regierungspartei machte die Putinsche Führung im Mai 2011 den Versuch, eine überparteiliche Organisation zu schaffen, die »Allrussische Volksfront« (ONF). Sie sollte neben »Einiges Russland« und den anderen Dumaparteien auch Unternehmervereinigungen, Jugendorganisationen, Veteranenvereinigungen, Frauenvereine u.ä. zusammenfassen. Russische Beobachter interpretierten dieses Projekt sofort im Kontext der Präsidentenwahlen im März 2012. Nach ihrer Einschätzung ging es allein darum, eine breite Basis für die Wahl des Nachfolgers von Medwedew zu schaffen, und die Distanz des Kandidaten (Putin) zur ungeliebten »Partei der Macht« deutlich zu machen.

Doch das Projekt hatte keinen Erfolg. Ähnlich wie die russischen Parteien hat die ONF in der breiten Bevölkerung nicht Fuß gefasst. Daher fehlt in Russland nach wie vor eine institutionelle Verbindung zwischen »Macht« und »Volk«. Das Regime verfügt nicht über das Instrument einer Massenpartei, wie es sie in der UdSSR gegeben hatte, es gibt aber auch kein funktionierendes Mehrparteiensystem, das der Gesellschaft politische Partizipation erlaubt. Das Defizit an Institutionen stellt eine strukturelle Schwäche des Putinschen Systems dar.

Regionale Strukturen: die Vertikale der Macht

Dieses institutionelle Defizit kann jedoch wenigstens teilweise – soweit es um Sicherung der Herrschafts und die Erzeugung von Wahlerfolgen geht – über die Integration der regionalen Eliten und der regionalen Verwaltungen in das System der »Macht« kompensiert werden. Über die »Vertikale der Macht«, die Schaffung von Strukturen, die es der Führung in Moskau erlaubte, die Politik bis hinunter in die Regionen und Kommunen zu kontrollieren. Diese Absicht war bereits bei der Regionalreform in der ersten Amtszeit Putin deutlich geworden, als die Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen neu geordnet wurden. Durch die Einrichtung von Föderalbezirken, an deren Spitze Bevollmächtigte des Präsidenten standen, die die Entwicklung in den Regionen beaufsichtigten, durch die Entfernung der Gouver-

neure und der Vorsitzenden der regionalen Parlamente aus dem Föderationsrat sowie durch die Angleichung der regionalen Gesetzgebung an die föderalen Normen wurde die Rolle des Zentrums wesentlich gestärkt.

Der nächste wichtige Schritt erfolgte im September 2004, nach der Geiselnahme in Beslan. Die Direktwahl der Gouverneure wurde abgeschafft, sie wurden nun auf Vorschlag des Präsidenten von den regionalen Parlamenten bestimmt. Damit wurde die eigenständige Rolle der Regionen weiter beschnitten. Die Gouverneure waren – und sind – vom guten Willen des Präsidenten abhängig. Zugleich sind sie das Bindeglied zwischen Zentrum und regionalen Eliten, sie sind verantwortlich für die soziale und ökonomische Entwicklung der Region und dafür, dass der Präsident und die »Partei der Macht« Wahlen gewinnen. Von Gouverneuren wird also verlangt, dass sie ihre Region wirtschaftlich voranbringen, soziale Probleme lösen und Wahlen gewinnen. Wahlerfolge erzielen die Regionen in der Regel durch Einsatz »administrativer Ressourcen«. Die Verwaltungen haben viele Möglichkeiten, die Opposition zu behindern. Indem man Parteien und Kandidaten der Opposition die Registrierung verweigert, ihre Wahlveranstaltungen unterbindet, Unternehmer, die die Opposition unterstützen, durch Steuerbehörden und Feuerpolizei überprüfen lässt, oder Druck auf Verwaltungsangestellte ausübt, um sie zu »ermutigen«, für die »Partei der Macht« zu stimmen, kann man regional Wahlsiege garantieren. Insofern sind die Gouverneure ein unverzichtbarer Teil des elektoralen Autoritarismus.

Am 18. September 2014 finden in 30 Föderations-subjekten Direktwahlen für den Gouverneursposten statt, in dreien werden Gouverneure vom Regionalparlament gewählt. 19 Gouverneure sind vorzeitig zurückgetreten, um in ihrer Region am einheitlichen Wahltag im September Wahlen zu ermöglichen. 13 davon stellen sich wieder zur Wahl. Offensichtlich wollen diese Gouverneure den Moment nutzen, in dem die von Patriotismus getragene Zustimmung zur Führung hoch ist, um die eigene Wiederwahl durchzusetzen. Das Zentrum wiederum ist daran interessiert, in den nächsten Jahren, in denen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme möglicherweise zunehmen und die Stimmung der Bevölkerung sich gegen die Führung wenden könnte, mit einem stabilen Bestand an Kadern zu regieren, und die Irritationen regionaler Wahlkämpfe zu vermeiden.

Die »Vertikale der Macht« scheint in der Tat eine ihrer Funktionen zu erfüllen – sie garantiert dem Zentrum den Zugriff bis hinunter in die Regionen und sichert die Loyalität der regionalen Eliten. Die massiven Probleme einiger Regionen kann aber offenbar auch die Machtvertikale nicht lösen. Die Putin-Administration reagiert dabei bürokratisch: Sie richtet regionale Minis-

terien ein. Neben dem seit den neunziger Jahren bestehenden Ministerium für Regionalentwicklung wurden drei Ministerien für spezifische Regionen eingerichtet (Fernost, Nordkaukasus, Krim). Diese agieren neben und mit den Präsidiälvollmächtigten und den Gouverneuren. Die Verdoppelung und Verdreifachung von Apparaten als Reaktion auf soziale und ökonomische Schwierigkeiten wirkt nicht sehr überzeugend. Sie zeigt, dass die »Vertikale der Macht« zwar die Kontrolle von oben gewährleistet, dass sie aber keine Antworten auf regionale Strukturprobleme hat.

Die Inszenierung des Präsidenten

Angesichts der institutionellen Schwäche des politischen Systems, das zwar eine Interaktion zwischen Elitengruppen ermöglicht, die Masse der Bevölkerung aber nicht erreicht, mobilisiert das Regime das personale Element und inszeniert den Präsidenten als positive Identifikationsfigur. Die Rolle des anständigen, gesunden, kompetenten, unbestechlichen, ums Volk besorgten Präsidenten wurde 1999 für Putin kreiert, um ihn als Gegenbild zu Jelzin aufzubauen. Das funktionierte überraschend gut. Die von Polittechnologien geschaffene Kunstfigur Putin wurde 1999 angenommen und konnte die Sympathien und das Vertrauen der Bevölkerung über acht Jahre hinweg konservieren. Dies war zum einen der Tatsache geschuldet, dass die Führung ein Monopol auf die elektronischen Medien und die Möglichkeit hatte, die Figur des Präsidenten im ganzen Lande positiv darzustellen. Zum anderen spielte der rasante Anstieg der Ölpreise eine Rolle, der Russland einen Wirtschaftsaufschwung bescherte, der auch den allgemeinen Lebensstandard verbesserte. Bis zum Juli 2008 bewegte sich das Vertrauensrating Putin auf hohem Niveau [vgl. Grafik 1 auf S. 10]. Das erfolgreiche PR-Projekt Putin kompensierte die strukturellen Schwächen des politischen Systems. Das auf eine Person ausgerichtete plebiszitäre Element des Regimes garantierte lange Zeit Stabilität und Wahlerfolge.

Dabei war sich der Führungskreis der strukturellen Defizite des Systems durchaus bewusst. Die wiederholten Versuche, das Parteiensystem umzugestalten, die Wahlrechtsreform, die Ansätze zum Aufbau einer nationalen Massenorganisation – all das sind Versuche, einen

institutionalisierten Konsens zu schaffen. Doch sind in der Vergangenheit alle Reformversuche gescheitert. Dies erscheint umso problematischer, weil die Anziehungskraft des PR-Projekts Putin seit der Finanzkrise 2008 zurückgeht. Es ist kein katastrophaler Absturz der Vertrauenswerte, eher eine fortgesetzte Erosion, die auch durch die massiven Kampagnen während der Duma- und Präsidentenwahlen 2011/2012 nicht zum Stillstand gebracht werden konnte.

Damit gerät aber das System Putin selbst in Gefahr. Wenn Putin nicht mehr als Integrationsfigur wirkt – und bei kontinuierlichem Sinken der Zustimmungswerte ist der Zeitpunkt absehbar, an dem Personenvertrauen die institutionellen Defizite nicht mehr kompensiert –, dann droht dem Regime der Verlust der gesellschaftlichen Akzeptanz – im extremsten Fall ein russischer »Maidan«.

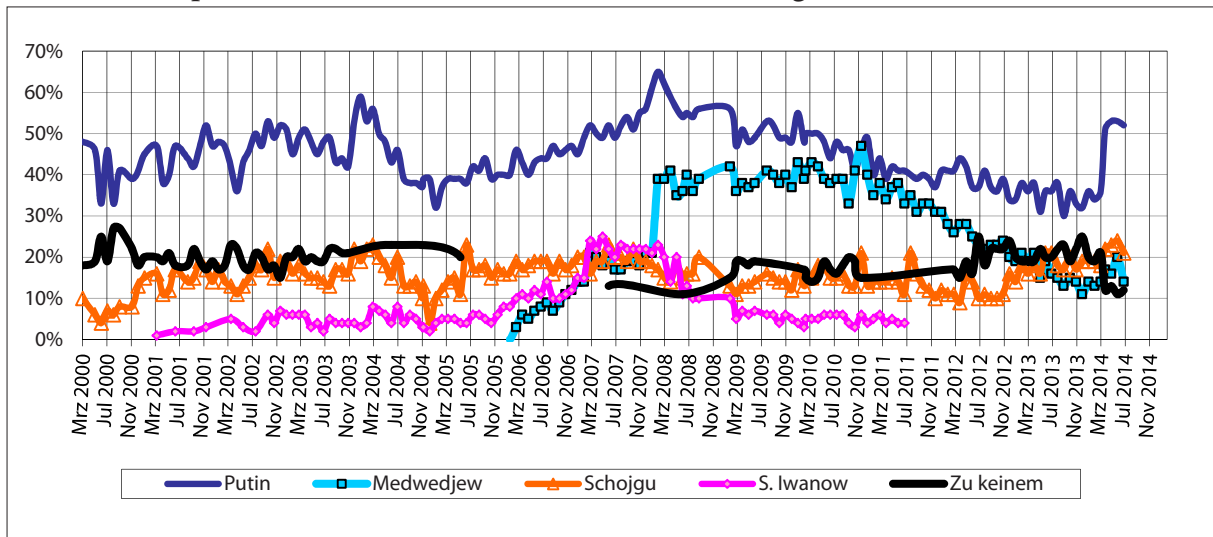
Alarmiert durch die politische Krise des Winters 2011/2012 suchte die Putin-Administration daher nach Möglichkeiten, die Bevölkerungsmehrheit positiv anzusprechen. Die Sanktionen, die die USA im Zusammenhang mit der Magnitskij-Liste erließen, boten einen Anlass, das Feindbild »Westen« herauszustellen, die Aktion der Punkband »Pussy Riot« in der Moskauer Erlöserkathedrale, die die Mehrheit der Russen als Angriff auf die eigene Identität empfand, zeigten, dass man mit antiwestlichen und slawophilen Parolen Konsens erzeugen konnte. Das innenpolitische Klima der Jahre 2012/2013 war daher von dem Versuch bestimmt, durch eine »rechte« Politik Mehrheiten für das Regime zu erzeugen. Diese Anstrengungen waren aber zunächst nicht von Erfolg gekrönt [vgl. Grafik 1 auf S. 10]. Erst die patriotische Mobilisierung im Rahmen der Ukraine-Krise und die Annexion der Krim machten Putin wieder zu der nationalen Integrationsfigur, die die Akzeptanz des Regimes durch die Bevölkerung sicherte. Doch Personalisierung kann auf die Dauer die institutionellen Defizite nicht wettmachen – zumal dann, wenn die Wirtschaft auf der Stelle tritt und Verbesserungen des Lebensstandards ausbleiben. Wenn das Regime aber von der Bevölkerungsmehrheit nicht mehr akzeptiert wird, dann bleibt der Führungsgruppe zum Machterhalt nur noch das Instrument der Repression. Damit wäre sie endgültig in der Sackgasse angekommen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?

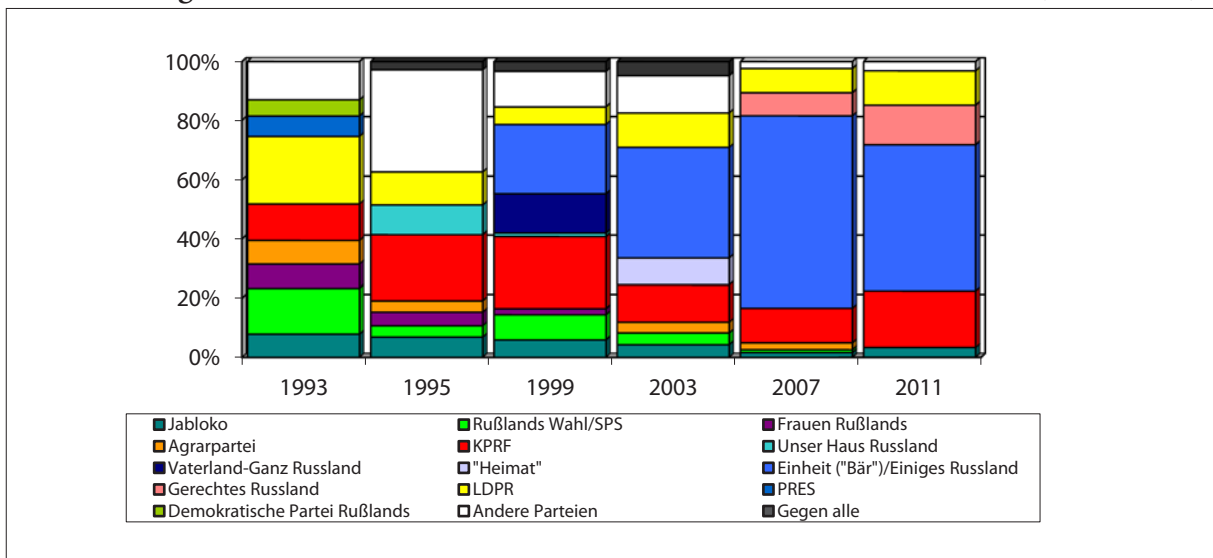
Grafik 1: Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?
(Popularitätswerte März 2000–2014 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



Nach den Angaben auf der Homepage des WZIAM www.wciom.ru bzw. www.levada.ru

Ergebnisse der Dumawahlen 1993–2011

Grafik 2: Ergebnisse der Dumawahlen 1993, 1995, 1999, 2003, 2007 und 2011 (Parteilisten)



Nach: *Kommersant*, 21.12.1999, S. 1; <http://www.fci.ru/gd99/vb99_int/default.htm> vom 23.12.1999; *Bjulleten Zentralnoj isbiratelnoj komissii Rossijskoj Federazii*, 1994, No. 1 (12), S. 34–80; <http://www.izbirkom.ru/izbirkom_protokols/sx/page/protokol2>, 9.12.2003; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&ctvd=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&ctype=233>, 5.12.2011.

Grafik 2: Ergebnisse der Dumawahlen 1993, 1995, 1999, 2003, 2007 und 2011 (Parteilisten)

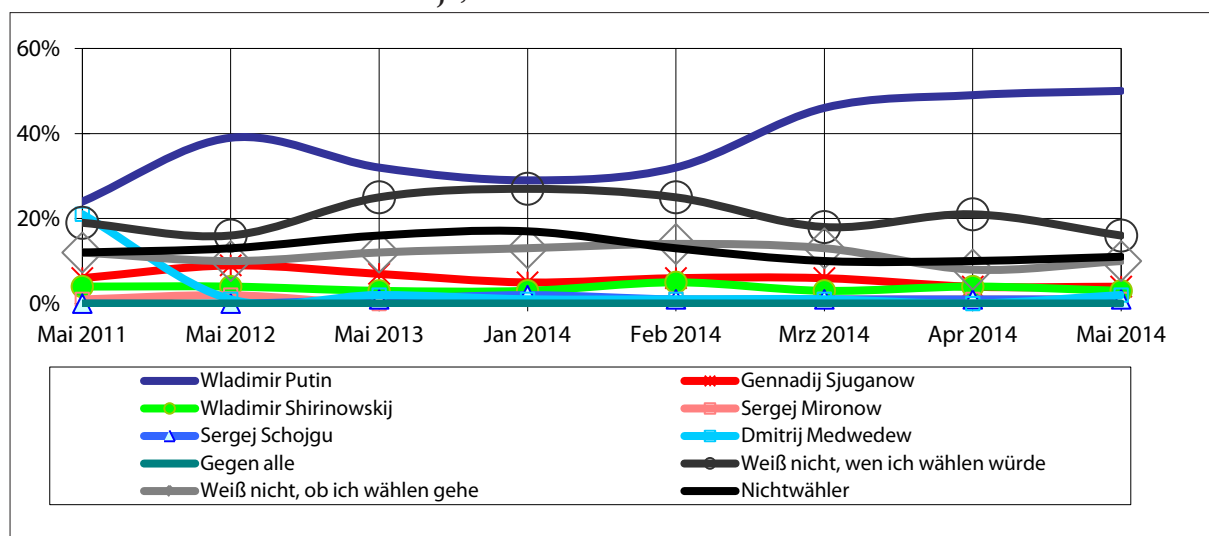
	1993	1995	1999	2003	2007	2011
PRES	6,73 %					
Demokratische Partei Rußlands	5,52 %					
Frauen Rußlands	8,13 %	4,61 %	2,05 %			
Jabloko	7,86 %	6,89 %	5,93 %	4,30 %	1,59 %	3,35 %
Rußlands Wahl/SPS	15,51 %	3,86 %	8,52 %	3,97 %	0,96 %	
Agrarpartei	7,99 %	3,78 %	--	3,64 %	2,31 %	
KPRF	12,40 %	22,30 %	24,29 %	12,61 %	11,59 %	19,17 %
Unser Haus Russland		10,13 %	1,20 %			
Vaterland-Ganz Russland			13,33 %			
"Heimat"				9,02 %		
Einheit ("Bär")/Einiges Russland			23,32 %	37,57 %	64,26 %	49,47 %
LDPR	22,92 %	11,18 %	5,98 %	11,45 %	8,15 %	11,67 %
Gerechtes Russland					7,76 %	13,22 %
Gegen alle		2,77 %	3,30 %	4,75 %		
Andere Parteien	12,94 %	34,48 %	12,07 %	12,68 %	2,29 %	3,12 %
Wahlbeteiligung	54,37 %	64,38 %	60,43 %	55,60 %	63,66 %	60,12 %
Parteien unterhalb der 5 %-Grenze	12,94 %	49,50 %	18,62 %	29,34 %	8,25 %	6,47 %
Jabloko+SPS	23,37 %	10,75 %	14,45 %	8,28 %	2,56 %	3,35 %

Nach: *Kommersant*, 21.12.1999, S. 1; <http://www.fci.ru/gd99/vb99_int/default.htm> vom 23.12.1999; *Bjulleten Zentralnoj isbiratelnoj komissii Rossijskoj Federazii*, 1994, No. 1 (12), S. 34–80; <http://www.izbirkom.ru/izbirkom_protokols/sx/page/protokol2>, 9.12.2003; <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&ctvd=100100028713304&vrn=100100028713299®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100028713304&type=233>, 5.12.2011.

UMFRAGE

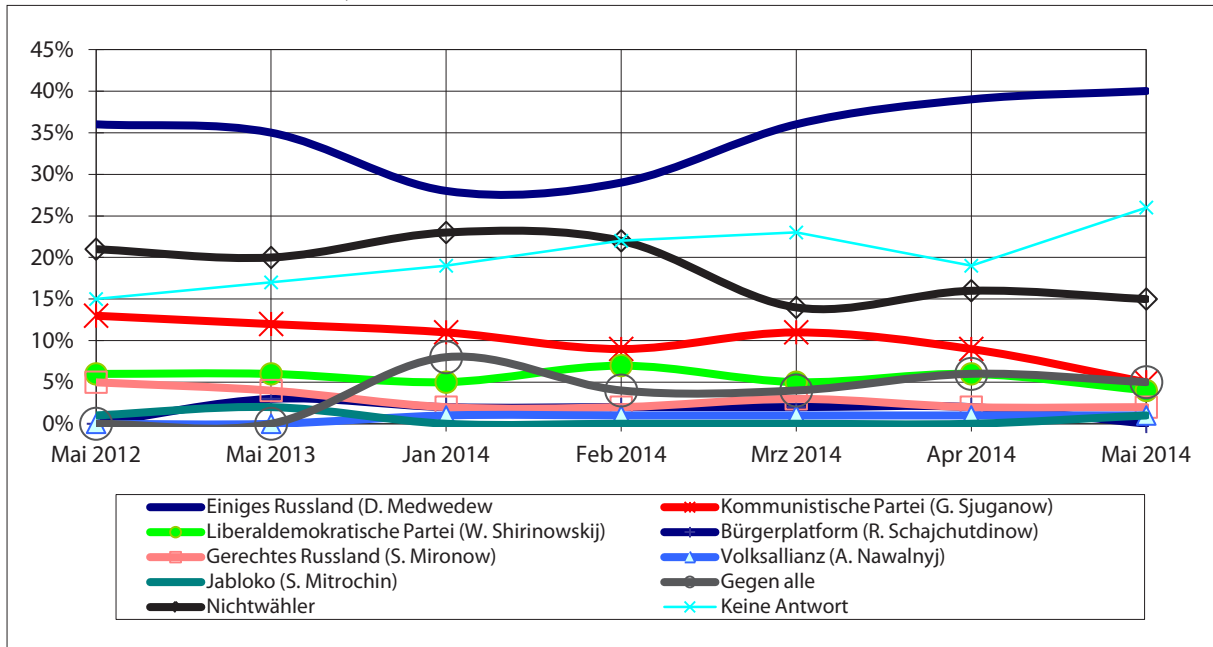
Die innenpolitische Entwicklung in Umfragen

Grafik 3: Wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, würden Sie an diesen teilnehmen und wenn ja, für welchen Politiker würden Sie stimmen?



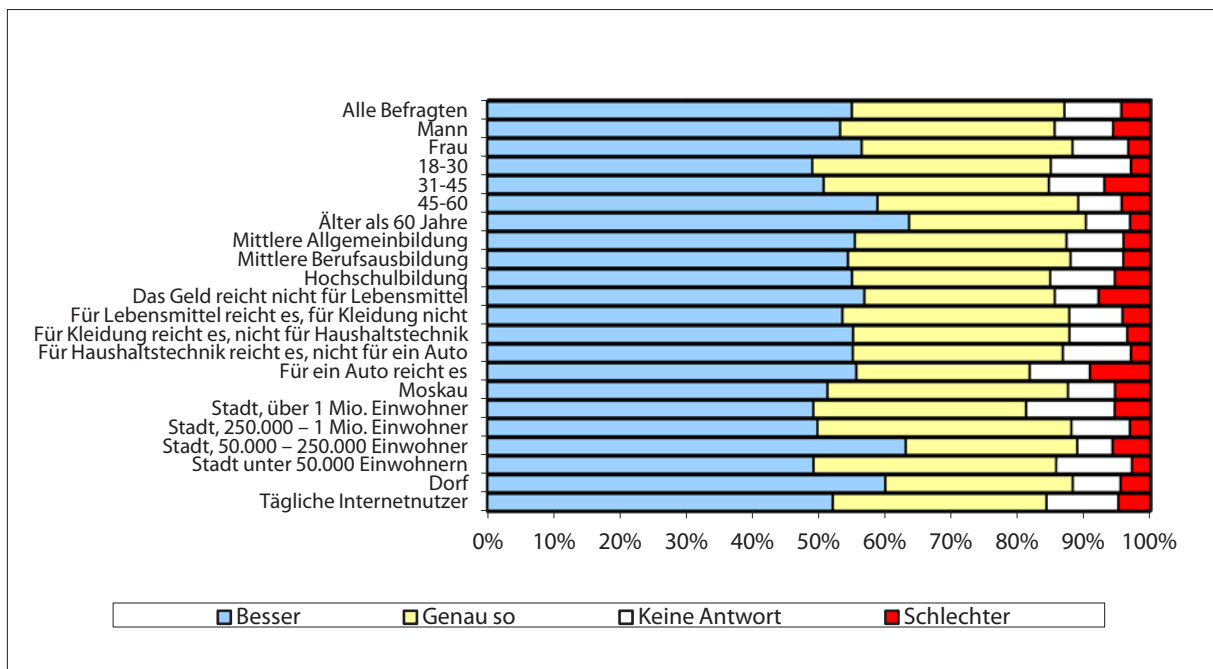
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/11-06-2014/vozmozhnye-rezultaty-prezidentskikh-i-parlamentskikh-vyborov>>

Grafik 4: Wenn am kommenden Sonntag Dumawahlen wären, würden Sie an diesen teilnehmen und wenn ja, welche Partei würden Sie wählen?



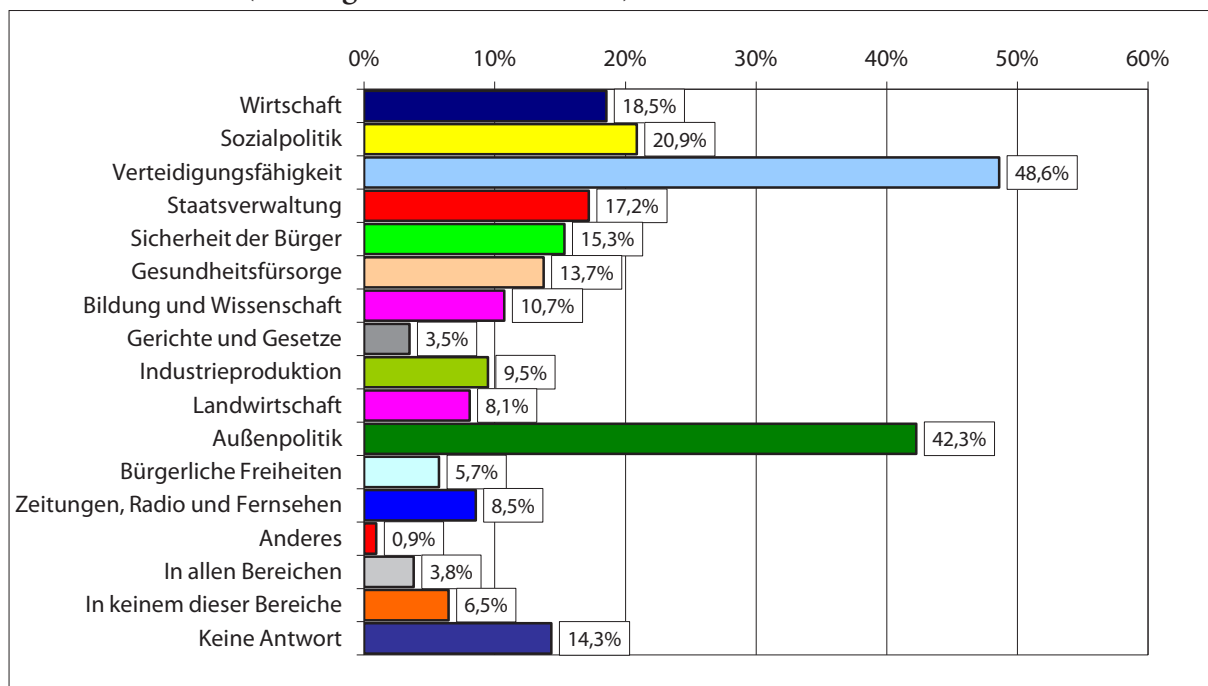
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/11-06-2014/vozmozhnye-rezultaty-prezidentskikh-i-parlamentskikh-vyborov>>

Grafik 5: Bewältigt Putin seine Verpflichtungen als Präsident heute besser oder schlechter als in seinen ersten beiden Amtszeiten?



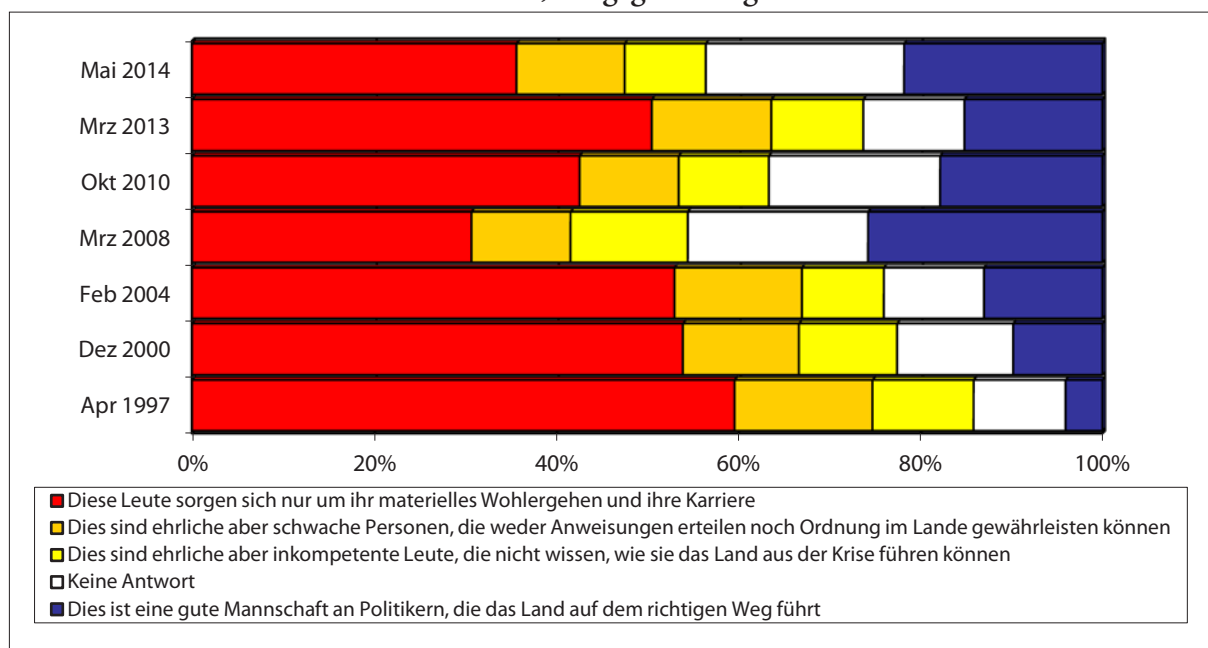
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 14.–15. Juni 2014, N = 1500. Veröffentlicht am 25. Juni 2014 unter: <<http://fom.ru/Politika/11568>>

Grafik 6: Vladimir Putin wurde 2000 erstmals zum Präsidenten gewählt. In welchen Lebensbereichen sind auf Grund der Arbeit Vladimir Putins positive Veränderungen eingetreten? (Beliebige Zahl an Antworten)



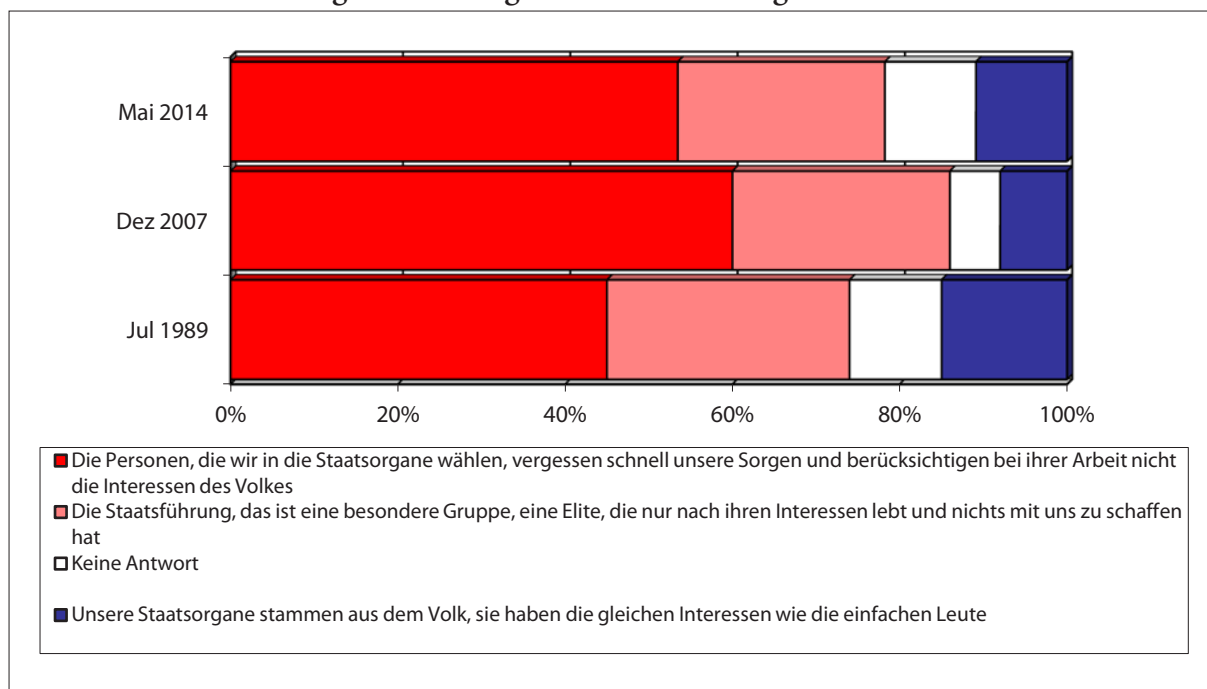
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 14.–15. Juni 2014, N = 1500. Veröffentlicht am 25. Juni 2014 unter: <<http://fom.ru/Politika/11568>>

Grafik 7: Wie bewerten Sie die Personen, die gegenwärtig an der Macht sind?



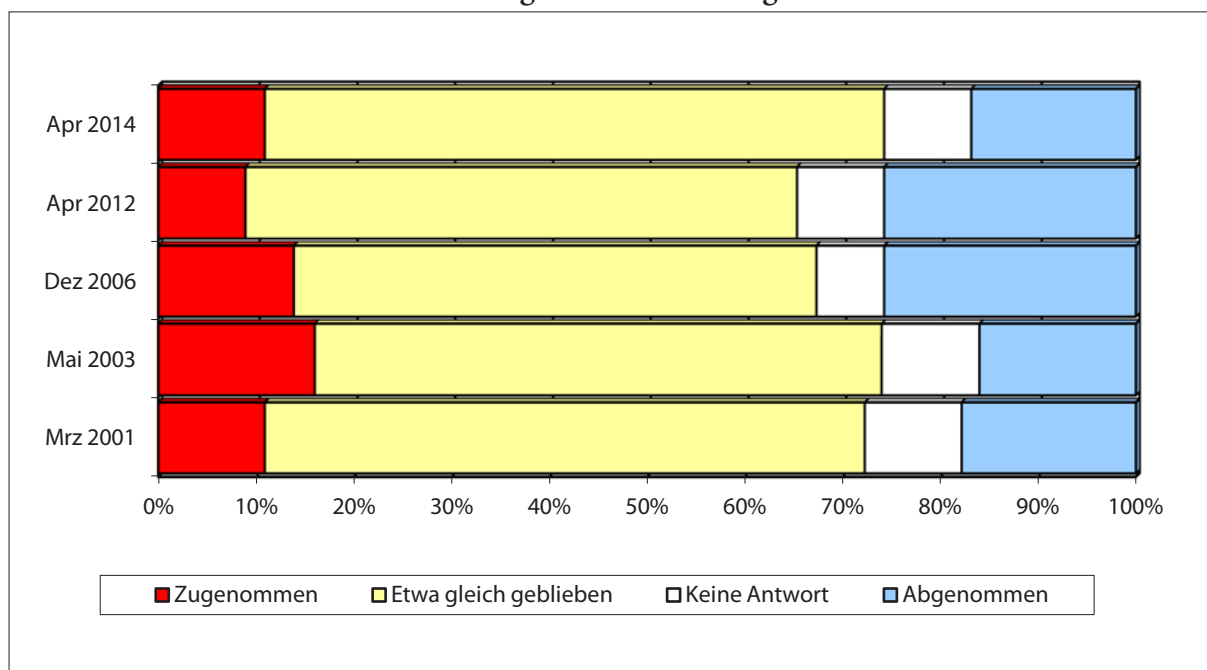
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/11-06-2014/vlast-otsenki-i-ozhidaniya>>

Grafik 8: Welche der folgenden Aussagen zur Staatsführung ist ihrer Ansicht am nächsten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 11. Juni 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/11-06-2014/vlast-otsenki-i-ozhidaniya>>

Grafik 9: Was meinen Sie, haben Korruption und Diebstahl in der Führung des Landes nach der Wahl Vladimir Putins zugenommen oder abgenommen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, N = 1602. Veröffentlicht am 19. Mai 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/19-05-2014/korruptsiya-i-byurokratizm>>

RATING

Die wichtigsten 50 russischen Politiker

Tabelle 2: Die wichtigsten 50 russischen Politiker im Juni 2014

Name	Funktion	Ranking, Juni 2014	Ranking Mai 2014	Punkte
Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	1	9,68
Medwedew, Dmitrij	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	2	8,18
Iwanow, Sergej	Leiter der Präsidialadministration	3	3	7,48
Wolodin, Wjatscheslaw	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	4	6	7,15
Setschin, Igor	Vorstandsvorsitzender des Mineralölkonzerns Rosneft; galt viele Jahre als führender Vertreter der »silowiki« (Geheimdienstler und Militärs) in der Umgebung des Präsidenten	5	4	7,13
Schojgu Sergej	Verteidigungsminister	6	5	7,04
Schuwalow, Igor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident	7	7	6,63
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns Gazprom	8	8	6,58
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	9	12	6,35
Lawrow, Sergej	Außenminister	10	9	6,23
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister von Moskau	11	14	6,20
Bastrykin, Alexander	Leiter des Strafverfolgungskomitees	12	13	6,15
Peskow, Dmitrij	Pressesprecher des Präsidenten	13	11	5,90
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	14	16	5,87
Rogosin, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident, zuständig für den Rüstungssektor	15	10	5,80
Nabiullina, Elwira	Vorsitzende der russischen Zentralbank	16	15	5,78
Gromow, Alexej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration (vorher langjähriger Pressesprecher des Präsidenten)	17	20	5,75
Siluanow, Anton	Finanzminister	18	17	5,68
Matwienko, Walentina	Sprecherin (Vorsitzende) des Föderationsrates	19	21	5,52
Naryschkin, Sergej	Sprecher (Vorsitzender) der Staatsduma	20	19	5,45
Dworkowitsch, Arkadij	Stellvertretender Ministerpräsident, zuständig für internationale Wirtschaftsbeziehungen	21	18	5,30
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des Sicherheitsrates des Präsidenten, früher Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	22	26	5,22
Abramowitsch, Roman	Großunternehmer, Milliardär	23	22	5,10

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Die wichtigsten 50 russischen Politiker im Juni 2014 (Fortsetzung)

Name	Funktion	Ranking, Juni 2014	Ranking Mai 2014	Punkte
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	24	23	4,90
Sjuganow, Gennadij	Vorsitzender der Kommunistischen Partei, Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender	25	27	4,88
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident (war u.a. zuständig für die Vorbereitung der Olympi- schen Winterspiele in Sotschi)	26	24	4,85
Tschemesow, Sergej	Generaldirektor der Staatskooperation Ro- stech (Hochtechnologie und Rüstung)	27	28	4,82
Golodez, Olga	Stellvertretende Ministerpräsidentin, zu- ständig für Sozialpolitik	28	25	4,80
Morosow, Oleg	Leiter der innenpolitischen Abteilung in der Präsidialadministration	29	30	4,78
Deripaska, Oleg	Großunternehmer, Milliardär	30	29	4,75
Prichodko, Sergej	Stellvertretender Ministerpräsident, Leiter des Regierungsapparats	31	31	4,72
Brytschewa, Larisa	Gehilfin des Präsidenten, Leiterin der Abtei- lung für Staat und Recht in der Präsidialver- waltung	32	35	4,70
Kowaltschuk, Jurij	Vorsitzender des Direktorenrats der Bank »Rossija«	33	42	4,66
Alekperow, Wagit	Gründer, Hauptaktionär und Vorstandsvor- sitzender des Mineralölkonzerns Lukoil.	34	37	4,64
Belousow, Andrej	Gehilfe des Präsidenten, vorher Wirtschafts- minister	35	47	4,61
Kostin, Andrej	Präsident der staatlichen Außenhandelsbank VTB	36	32	4,60
Ernst, Konstantin	Fernsehmanager, Generaldirektor des staatlichen »Ersten Kanals«	37	45	4,57
Timtschenko, Gennadij	Großunternehmer, Milliardär; bis vor kurzem Mitbesitzer des Oiltraders Gunvor. Er verkaufte die Anteile, als die USA ihn im Kontext der Ukraine Krise auf die Sanktions- liste setzten.	38	33	4,54
Usmanow, Alischer	Großunternehmer, Milliardär; Generaldi- rektor des Gazprom-Tochterunternehmens Gazprominvestholding, Mitbesitzer der Metalloinvest und Eigentümer des russischen Verlagshauses Kommersant,	39	38	4,50
Skworzowa, Weronika	Ministerin für Gesundheit und Soziales	40	41	4,48
Golikowa, Tatjana	Vorsitzende des Rechnungshofes	41	36	4,45

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Die wichtigsten 50 russischen Politiker im Juni 2014 (Fortsetzung)

Name	Funktion	Ranking, Juni 2014	Ranking Mai 2014	Punkte
Surkow, Wladislaw	Gehilfe des Präsidenten, offiziell zuständig für Abchasien und Südossetien; galt lange Zeit als »graue Eminenz« der russischen Innenpolitik	42	40	4,42
Dobrodejew, Oleg	Medienmanager, Generaldirektor der All-russischen staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft (WGTRK)	43	39	4,40
Iwanow, Viktor	Direktor des Föderalen Dienstes zur Drogenkontrolle	44	54	4,39
Newerow, Sergej	Sekretär des Generalrates der Partei »Einiges Russland«; Stellvertretender Sprecher (Vorsitzender) der Staatsduma	45	49	4,36
Shirinowskij, Wladimir	Vorsitzender der LDPR, Stellvertretender Sprecher (Vorsitzender) der Staatsduma	46	59	4,33
Artemjow, Igor	Leiter des Föderalen Antimonopoldienstes	47	43	4,31
Gref, German	Vorstandsvorsitzender der Sberbank	48	44	4,30
Putschkow, Wladimir	Minister für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz	49	50	4,27
Worobjow, Andrej	Gouverneur des Gebiets Moskau	50	51	4,25

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w ijune 2014 goda, in: *Newawisimaja Gaseta*, 1. Juli 2014 <<http://www.ng.ru/ideas/2014-07-01/6top100.html>, 1. Juli 2014>

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Phantom des Imperiums

Die Ukraine-Krise wird immer häufiger zum Ausgangspunkt bei innerrussischen Debatten über Innenpolitik, den Wandel in der Gesellschaft und die Transformation des eigenen Wertesystems.

Welchen Anteil hat Russland an der Ukraine-Krise gehabt und welche Verantwortung für den Krieg im Osten der Ukraine trägt der Kreml? Welche Auswirkungen können Transformationsprozesse in der Ukraine auf die russische Gesellschaft haben? Inwieweit fördert das Regime die Verbreitung einer neosowjetischen Ideologie im Lande? Welche Werteorientierung haben russische Bürger 23 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion? Über diese Fragen diskutieren in ihren Blogs die Journalisten Andrej Archangelskij und Dmitrij Olschanskij, die Psychologin Ludmila Petrowskaja und der Schriftsteller Viktor Jerofejew.

Dmitrij Olschanskij: Moralisches Verbrechen des Kreml

»Der Donbass ist ein riesiges moralisches Verbrechen unserer Regierung, das muss man ehrlich sagen. Da ging und geht es – trotz patriotischer Propaganda – nicht um irgendeinen ethnischen, rassistischen oder religiösen Genozid, nicht um so etwas wie die Vernichtung der Juden oder Indianer.[...] Da gab es schlicht ein Gefühl der Erbitterung, den Unwillen ein fremdes nationales und politisches Projekt zu leben, ein Gefühl der Ungerechtigkeit und einer aufgenötigten Zweitrangigkeit. Aber alle auszurotten und wegzujagen, die Russisch sprechen, das hat kein Ukrainer vorgehabt. [...]

Was hat aber unsere Macht getan?

Sie gab ihnen durch die Krim-Geschichte Hoffnung, sie gab ihnen zum zweiten Mal die Hoffnung in Gestalt von Putin, der von einer ›Verteidigung der russischen Welt‹ und von einer ›roten Linie bei der Gewalt gegenüber den eigenen Bürgern‹ sprach, sie sendete noch viele Signale über das Fernsehen, über Politiker und Sicherheitskräfte, und sah dann weg, als ob sie hier nur Blümchen gießt und auf Timtschenkos Gelder aufpasst. Das wären also Andeutungen eines gerissenen Plan Putins, und die Streitkräfte, die kommen dann irgendwann später.

Die Menschen aber sind allein unter den Bomben geblieben. Sie haben gedacht: die ›Opoltschenzy‹, die Volksmilizen würden die Checkpoints übernehmen, ein Referendum würde stattfinden, und dann käme die Anerkennung durch Russland, die Armee, Zahlungen an diejenigen, die aus dem Haushalt entlohnt und versorgt werden. Sie hatten eine zweite Krim gebucht und nicht die ›Hütte im Flammen‹.

Putin hat aber anders entschieden. Aus diesem Grund kann ich Strelkow keinen Vorwurf machen. Ich habe aufmerksam gelesen, was er geschrieben hat, als er im März noch auf der Krim war. Strelkow hatte offensichtlich an eine Unterstützung durch Moskaus geglaubt. Hätte er gewusst, in welche Bedingungen er in Wirklichkeit geraten würde, hätte er niemanden reingeritten, umso mehr, als seine Mission ohne das Mitgefühl der Bevölkerung völlig sinnlos wäre.

Putin hat aber, das sei nochmal gesagt, anders entschieden. Die Entscheidung bedeutete: Blut und Albtraum für einen obskuren Deal mit den Europäern, für politischen Druck auf Kiew, und Gott weiß wofür noch einzusetzen; es bedeutete die Entscheidung, den Donbass nicht zu befreien, sondern es in einen Gazastreifen zu verwandeln, das ist ein Verbrechen.

Die Strafe wird noch kommen.«

Dmitrij Olschankij in Facebook, 5 Juli 2014 <<https://www.facebook.com/spandaryan/posts/782661515088002>>

Ljudmila Petranowskaja: Der Abschied des Imperiums als Verlust

›Es ist interessant zu beobachten, wie das imperiale Bewusstsein der Russen all jene Stadien durchlebt, die für Verleugungen beschrieben werden.

Als die Sowjetunion zerfiel, ›hat keiner was kapiert‹. Es gab ja genug andere Probleme. Das heißt, der Schock durch den Zusammenbruch des Imperiums war mit dem Schock durch den Zusammenbruch von so vielen anderen Dingen verbunden, dass es schwierig war, diesen als gesonderten Zusammenbruch zu begreifen.

Vermutlich deshalb blieb man im nächsten Stadium stecken, in dem der Verleugung. 23 Jahre lang.

Verleugung ist all das: ›ja, wir sind in Wahrheit ein Volk‹, ›wir sind doch Brüder, was sollen wir da trennen?‹, ›Grenzen, das sind nur Festlegungen, die sich Politiker ausgedacht haben‹, ›Ihr seid ja verrückt: UNSERE Ukraine ein anderer Staat – wie kann das denn sein, wir haben doch zusammen im Krieg gekämpft!‹, ›Wie denn, spricht man dort nicht Russisch? WAS DENN SONST?‹ und so weiter.

[...]

Der erste Weckruf, der einen Teil der Russländer aus der Verleugung gerissen hat, das war der Maidan 2004, als die Ukrainer sich zum ersten Mal als eine Bürgernation gemeldet haben. ›Mann, diese Ukrainer, die sind ja verrückt!‹: das war die Reaktion aus dem Norden. Beispiele einer unfreundlichen Haltung zum ›älteren Bruder‹ und dessen Einmischung in das politische Leben des Landes wurden von einem besorgten und misstrauischen: ›Warum denn? Sind die etwa von den Westerlingen bearbeitet worden? Sind die von Amerika gekauft?‹ begleitet. Ganz wie Eltern, die festgestellt haben, dass sie ihren pubertierenden Nachwuchs nicht mehr kontrollieren können, und dann üblicherweise mit einer Version von ›schlechter Gesellschaft‹ und ›Einfluss des Internets‹ ansetzen. Damals hat sich übrigens alles ziemlich schnell wieder gelegt. [...]

Die Verleugungsphase endete plötzlich, und wie das so ist, mit dem Maidan. Die Schutzmechanismen bebten in allen Nähten und brachen unter dem Andrang der Ereignisse zusammen. Was auch immer das Fernsehen verkünden mochte, man kam nicht umhin, die Fotos von Kundgebungen mit einer halben Million Teilnehmern zu sehen. Es ist nun unmöglich geworden, die Tatsache aus dem Bewusstsein zu verdrängen, dass die Menschen in den Kugelhaag gingen, etwas riskierten und starben – und wofür? Es wurde unmöglich, die Stimmen der eigenen ukrainischen Bekannten und Freunde zu ignorieren, die sagen: Ja, das ist UNSERE Wahl, ja, das ist UNSER Land.

Und hier wird die Verneinung von dem abgelöst, was normalerweise folgt, nämlich von Zorn, Wut, Protest, Hysterie. ›Wie könnt ihr es wagen? Ihr, die Unternation, das Unterland, dieser Missverständnis-Staat. Wir haben euch genährt, wir haben euch geliebt, wir haben euch für die UNSRIGEN gehalten, und ihr habt uns ins Gesicht gespuckt, Verräter‹. Wie ein Mantra wiederholt sich der Vorwurf: ›Ihr habt euer Land zerstört, auf euch warten Chaos und Bürgerkrieg, was in Wirklichkeit heißt: ›Ihr habt UNSERE Welt zerstört, auf UNS warten Desorientierung und Identitätskrise (denn was bedeutet Bürgerkrieg, wenn nicht ein äußerst akutes Auftreten einer Identitätskrise, eines inneren Konflikts einer Nation?)‹.

In dieser Zorn-Phase sind Menschen wenig angenehm und kaum zurechnungsfähig. Davon konnte sich in den letzten Monaten jeder, der es wollte (oder auch nicht), überzeugen. Sie sind ungerecht, ungeduldig, grausam, sie sehen die Fakten selektiv, sie haben Schmerz – und sie schleudern diesen Schmerz in die Welt zurück, ohne nachzudenken, wohin, und bei wem er ankommt.

[...]

Die nächste Phase, folgt man der Wissenschaft, ist die Depressions-Phase.

Hier dürften wirtschaftliche Faktoren im Einklang stehen, so leid es mir tut. Eine Depression in der Wirtschaft kann sich mit der Depression in der Bevölkerung überlagern. Es gibt eine Wahrscheinlichkeit, dass viele von denen, die sich zuvor in erregtem Zustand befunden hatten, zu trinken anfangen oder aus dem Leben scheiden wollen, oder einfach ihre Gesundheit aufgeben.

[...]

Auch die Bürger der Ukraine erleben in einem gewissen Maße einen Verlust. Das bisherige Weltbild war immerhin auf eigene Art bequem: Was sind wir denn, wir sind ein ruhiges Land am Rande, wir leben für uns und lassen andere leben, wir haben Häuschen, Mohn und Teigtaschen. Es waren bei weitem nicht alle Nationalisten, die Kampftränze lernen. Der Mehrheit fiel es schwer, das Zähneflecken des »Großen Bruders« zu erleben und zu verarbeiten, einen neuen »Sammelplatz« zu finden und zu begreifen, dass niemand kommt und für uns entscheidet, sondern dass wir selbst Zähne zusammenbeißen müssen, und dass es nicht mehr so weitergehen wird, ein stilles Land zwischen zwei Welten zu sein.

[...]

So oder so, wenn wir auf Russland zurückkommen, wird auch das vorbeigehen, nach der Depressions-Phase folgt endlich die Akzeptanz des Verlustes, die Annahme einer neuer Identität, eines neuen Lebensplans, was subjektiv als Wiedergeburt empfunden wird, als Gesundung nach einer schweren Krankheit, als Rückkehr von Interesse, Freude, des Glaubens an sich selbst, nun aber eines neuen Selbst, unter neuen Bedingungen.

Dann gibt es die Chance, dass sich Russland endlich vom Phantom des Imperiums verabschiedet und seinen eigenen Weg eines normalen, starken, gesunden Landes einschlagen wird. Eines jungen Landes, eines ganz jungen Landes.[...]
Ljudmila Petranowskaja in Livejournal, 7. Juli 2014 <<http://ludmilapsyholog.livejournal.com/236689.html>>

Viktor Jerofejew: »Wir sind aller-aller-aller-«

»Wir sind aller-aller-aller-. Und weil wir aller-aller-aller- sind, ist unser Volk das allerzerteilteste Volk auf der Erde. In der Neueren Geschichte haben wir zwei Werte-Katastrophen erlebt. Zwei Mal in den letzten hundert Jahren sind unsere Vorstellungen über das Gute und das Böse in alle Richtungen auseinander geflogen. Das erste Mal, das war im November 1917. Der revolutionäre Umsturz sprengte unsere traditionelle Axiologie in die Luft. Die war zwar nicht vollkommen gewesen, aber höchst organisch.

Siebzig Jahre lang wurde dann ein neues Wertesystem errichtet, 1991 ist auch das zusammengebrochen. Die einen hatten es nicht angenommen, die anderen konnten ohne es nicht leben; nachdem es aber auseinandergeflogen war, stellte sich heraus, dass wir in einem Eismeer der zerbrochenen Werte schwimmen.

Wir mussten dann irgendwie überleben. Jeder überlebte auf eigene Art und Weise. Jeder schnappte irgendwelche Werte auf, zufällige, aufgetragene, durchdachte oder sinnlose; bei jedem so, wie es gerade ging. Manche Werte wurden der Familie entnommen, manche den Büchern, andere von der Straße, aus der Gasse. Werte aus dem Gefängnis, aus der Schule, von überall her ein bisschen.

So kommt es, dass jeder von uns seinen Wertebeutel hat, und die Werte wie kunterbunte Murmeln in diesem Beutel stecken. Wir stehen da, halten diese Beutel in unseren Händen, und die Murmeln stimmen bei uns nicht überein. Die einen haben diese Sammlung von Werten, die anderen eine ähnliche, die aber doch anders ist, und andere wiederum eine Sammlung, wo aber auch gar nichts ähnelt.

Prozente. Wir bestehen aus Prozenten. Manche haben 70 % imperiale Murmeln, der Rest ist Gleichgültigkeit, andere haben 55 % demokratische Werte, um orthodoxe ergänzt; manche haben einen hohen Anteil stalinscher Werte, andere wiederum Werte der Westler, dann gibt es welche, da flattern alle möglichen Bändchen im Kopf und dazu noch allerlei Murmeln aus Patriotismus, Egoismus, Hedonismus, Ehrgeiz, heiliger Rache, gar eines gewissen Sadismus. Und es gibt da Murmeln der Aufopferung und wiederum der Gleichgültigkeit. [...]

Viktor Jerofejew bei snob.ru, 14. Juli 2014 <<http://www.snob.ru/selected/entry/78535>>

Andrej Archangelskij: Wärter des Toten

»Alles ist logisch. Wenn in 20 Jahren in Russland keine neue, offiziell anerkannte und geförderte, den neuen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen angepasste Ideologie entstanden ist, wie etwa »verdiane dein Glück durch eigene

Leistung« oder »nicht lügen, nicht klauen«, dann entsteht ein Vakuum. Wenn an diese Stelle (eben weil es »da etwas geben muss«) langsam, behutsam und dann ganz offen sowjetische Ideologie platziert wird, und das vor allem auf der ästhetischen und ethischen Ebene, nach dem Motto »wir lieben die Vergangenheit, wir rühmen die Heldentaten unserer Väter«. Niemand sagt euch direkt, »wir kehren in die UdSSR zurück«, es geschieht irgendwie indirekt und mittelbar... Dann ergibt sich in Wirklichkeit Folgendes: Wir leben in gestriger, toter Idee, einer düsteren, ineffektiven und nicht zu realisierenden Idee. Aber wir leben? Es gibt ja nichts anderes?... Und wenn dem so ist, werden entsprechende Phantome geboren. Erscheinen Adepten des Toten. Werden Hüter des Toten geboren. Gläubige des Toten. Junge Anhänger des Toten. Der Kult des Toten in unserer Patriotik hat genau hier seinen Ursprung. [...]

Andrej Archangelskij auf Facebook, 1. Juli 2014 <<http://bestoday.ru/read/6727.html>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Was hat der Kreml weiter mit der Ostukraine vor?

Jens Siegert, Moskau

In den vergangenen zwei–drei Wochen war in Moskau eine ganz kleine, ganz leichte Entspannung der (außen-)politischen Lage spüren. Ja, eher zu spüren, denn tatsächlich, im Wortsinn, zu fassen. Das betrifft in erster Linie den Konflikt um die Ostukraine, hat aber auch Auswirkungen auf die Situation innerhalb Russlands. Deutlichstes äußeres Zeichen dieser Entspannung, wenn mir auch das Wort beim zweiten Mal schon viel widerspenstiger aus den Tasten kommt; Entspannung ist eine leichte Verschiebung der Propaganda-Rhetorik.

Die ukrainische Regierung wird im Fernsehen plötzlich nicht mehr »Junta« genannt, sondern einfach als Regierung bezeichnet. Und auch das Wort »Faschisten« kommt viel seltener vor. Daneben häufen sich Berichte, die vor einem »großen Krieg« warnen. Dieser »große Krieg« sei genau das, was die USA wollten, wohin sie »Russland hineinziehen« wollten, damit Russland dann wie ein »Aggressor« aussehe. Hinzu kommen vermehrt öffentliche Auseinandersetzungen von Hardcore-Nationalisten untereinander, wer »Putin verraten« habe oder »die Menschen in der Ostukraine«, und wer die »wahren Patrioten« seien. Das alles sieht so aus und hört sich so an, als ob der Kreml den seit Monaten von der Leine gelassenen ultranationalistischen Mob nun erst einmal wieder ein wenig zähmen will, sei es, weil er aus Sicht der Machthaber »zu frech« geworden ist, sei es, weil die kommenden politischen Schritte das fordern (können).

Natürlich muss man mit solchen Tendenzen (»Entwicklungen« kann man das mangels Evidenz ja kaum nennen) vorsichtig sein. Das Ziel könnte, wie schon

gesagt, einerseits sein, zu zeigen, wer »Herr im Haus« ist. Andererseits dienen solche kleinen Atempausen auch immer der Beruhigung der Öffentlichkeit, vor allem aber von Politikern im Westen (von denen viele ohnehin gerne beruhigt werden wollen). Das entspricht Putins Taktik bisher, immer nur so weit zu gehen, dass es wirklich ernsthafte Sanktionen nicht gibt (was immerhin heißt, dass sie gefürchtet werden oder zumindest, wenn es geht, besser vermieden werden sollten).

Dass die Propaganda ein wenig zurück genommen wurde, zeigte sich sofort auch in Umfragen. Das Lewada-Zentrum hat nach den Worten von Direktor Lew Gudkow Anfang Juli erstmals eine, wie er sich im Gespräch ausdrückte, »leichte Ernüchterung« in der Bevölkerung ausgemacht. Zwar bleibt die Zustimmung zur Annexion der Krim mit bis zu 94 Prozent extrem hoch. Die Zustimmung oder Forderung nach einem militärischen Eingreifen in der Ostukraine ist aber erstmals gesunken. Zwar sind weiterhin knapp über 40 Prozent der Befragten dafür, aber auch fast 40 Prozent dagegen.

Unter denjenigen, die in Russland über Politik nachdenken und auf sie, wenn auch mit meist begrenzten Mitteln, Einfluss zu nehmen versuchen, kursieren verschiedene Erzählungen, wie es gekommen sei, dass Putin sich (bisher?) gegen eine direkte militärische Intervention in der Ostukraine entschieden hat. Die erste sagt, es habe nie den Plan gegeben (oder alternativ: Putin habe nie geplant), das zu machen, weil von vornherein klar war, dass das politische, militärische und wirtschaftliche Risiko zu groß sei.

Eine zweite Version erzählt von einem (manchmal auch zwei) Situationen im Frühjahr, in denen die Truppen schon bereit standen und Putin den Einmarschbefehl habe geben wollen, er aber von Wladimir Jakunin und Gennadij Timtschenko davon abgebracht worden sei. Beide, der Eisenbahnchef und der (inzwischen wohl ehemalige) Ölhändler, gehören zum engsten Kreis um Putin und sind prowestlicher Sentimentalitäten unverdächtig. Ihre Argumentation soll entsprechend auch nicht in erster Linie auf die wirtschaftlichen Folgen für russische Unternehmen und die Bevölkerung abgezielt haben, sondern auf eine damit verbundene Gefährdung des Projekts, Russland wieder zu einer Großmacht zu machen.

Eine dritte Version schreibt die Überredung Putins, nicht direkt militärisch zu intervenieren, dem ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin zu. Kudrin trifft sich, das ist bekannt, weiterhin regelmäßig mit Putin. Er soll, so diese Version, Putin drastisch die wirtschaftlichen Folgen eines endgültigen Bruchs mit dem Westen vor Augen gehalten haben. Außerdem wird in Moskau immer noch erzählt, Putin halte sich Kudrin als möglichen Premierminister für den Fall in der Hinterhand, dass dringend und schnell verlorenen gegangenes Vertrauen des Westens und von Investoren zurück gewonnen werden soll (muss).

Wie dem auch sei (die Black Box Kreml gibt Gewissheiten ja nicht preis), bis heute gibt es keine offene Intervention regulärer russischer Truppen, auch keine wirklich rauchende *smoking gun*. Es wäre indessen, davon bin ich überzeugt, aber leichtsinnig, die Möglichkeit einer Intervention völlig abzuschreiben. Im Kreml wird (fast) immer mit allen möglichen Szenarien jongliert. Aber mir scheint die Wahrscheinlichkeit, siehe oben, doch ein wenig kleiner geworden zu sein.

Sollte also Putin vor einer militärischen Intervention in die Ukraine zurückschrecken oder nie eine vor gehabt haben, stellt sich für ihn (und für uns) eine andere Frage: Wie kommt er aus den seit nun schon mehr als acht Monaten tagtäglich geschürten Hoffnungen und Erwartungen vieler Menschen in Russland, man müsse »den Landsleuten« in der Ukraine, die dort laut Propaganda zu Zehntausenden, ja zu Hunderttausenden gefoltert, getötet und erniedrigt werden (was viele Menschen, beileibe nicht nur Nationalisten, in Russland – Propaganda sei Dank – wirklich ernsthaft glauben!), zu Hilfe eilen, wieder heraus?

Eine große Sorge vor allem vieler Oppositioneller in Russland ist, dass die Antwort lauten könnte: gar nicht! Es gibt aber auch weniger skeptische Stimmen. Sie weisen meist auf den heute größten innenpolitischen

Trumpf Putins (auch wenn er zugleich das Zeug zum großen außenpolitischen Malus hat): die Krim. Demnach könnte Putin allen Kritikern entgegen halten, er (Betonung: ER) habe die Krim »zurückgeholt«, zudem unblutig, ohne militärische Gewaltanwendung. Niemand hätte das noch vor einem halben Jahr überhaupt für möglich gehalten (was stimmt). Außerdem könnte er auf die eher zurückhaltende Stimmung in der Bevölkerung in Bezug auf eine militärische Intervention in der Ukraine verweisen.

Um richtig verstanden zu werden: Ich gehe davon aus, dass es weiter (auch), zumindest für alle Fälle, vielleicht aber auch konkreter, Pläne zum Einsatz regulärer russischer Einheiten in der Ostukraine gibt. Szenarien, wie das inszeniert und begründet werden könnte, gibt es zahlreiche. Die herausragende Rolle, die das Eingreifen der NATO 1999 in Serbien und im Kosovo in der öffentlichen Debatte und Meinung in Russland spielt, weist darauf hin, dass das Vorschieben einer »humanitären Intervention« zum Schutz »unserer russischen Landsleute« darin vorkommen dürfte. Als »Anlass« könnten (egal, ob nun tatsächliche, angebliche oder gefakete) Angriffe ukrainischer Einheiten auf russische Grenzposten oder die Beschießung russischen Territoriums dienen. In beiden Fällen ließe sich mit Hilfe des, wie die vergangenen Monate gezeigt haben, immer noch überaus effektiven Propagandainstruments Fernsehens die gegenwärtig eher wieder skeptischere Meinung vieler Menschen in Russland sicher wieder für eine Intervention wenden.

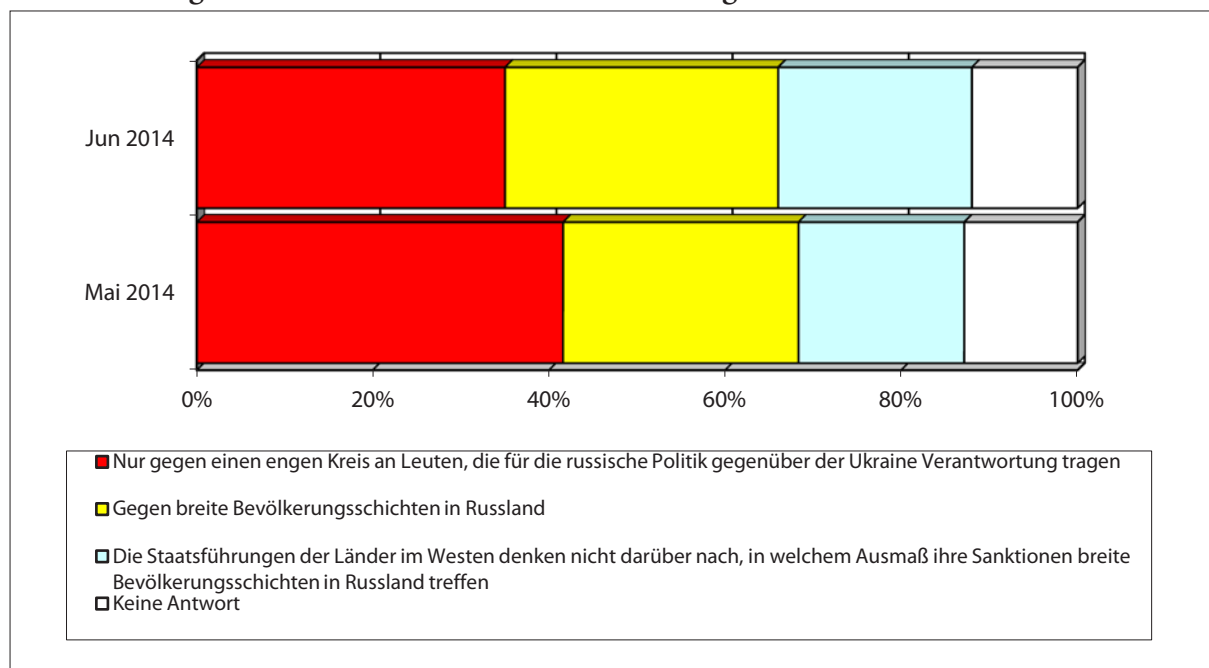
Der Westen, die EU, die Bundesregierung sollten also weiter sehr, sehr deutlich machen, dass das harte Konsequenzen haben würde. Und sollte zu diesen Konsequenzen auch bereit sein. Momentan scheint eher eine Art Positionsspiel im Gange zu sein, bei dem die Gefahr besteht, dass Putin es schafft, sich im Falle einer Nicht-Intervention am Ende (mit oder trotz der Krim als Beute) als großen Friedensfürsten zu inszenieren. Die schwierige Aufgabe ist es, den Kreml zu loben, wenn er zur Lösung des Konflikts beiträgt, aber gleichzeitig ebenso deutlich zu machen, dass dieser so überhaupt nur entstehen konnte, weil in erster Linie *er* ihn geschürt hat. Dem neuen deutschen Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch, ist das übrigens in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur Interfax dieser Tage ganz gut gelungen (<<http://www.interfax.ru/385271>>). Seinem Chef kann man dieses Feingefühl leider nicht immer bescheinigen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

UMFRAGE

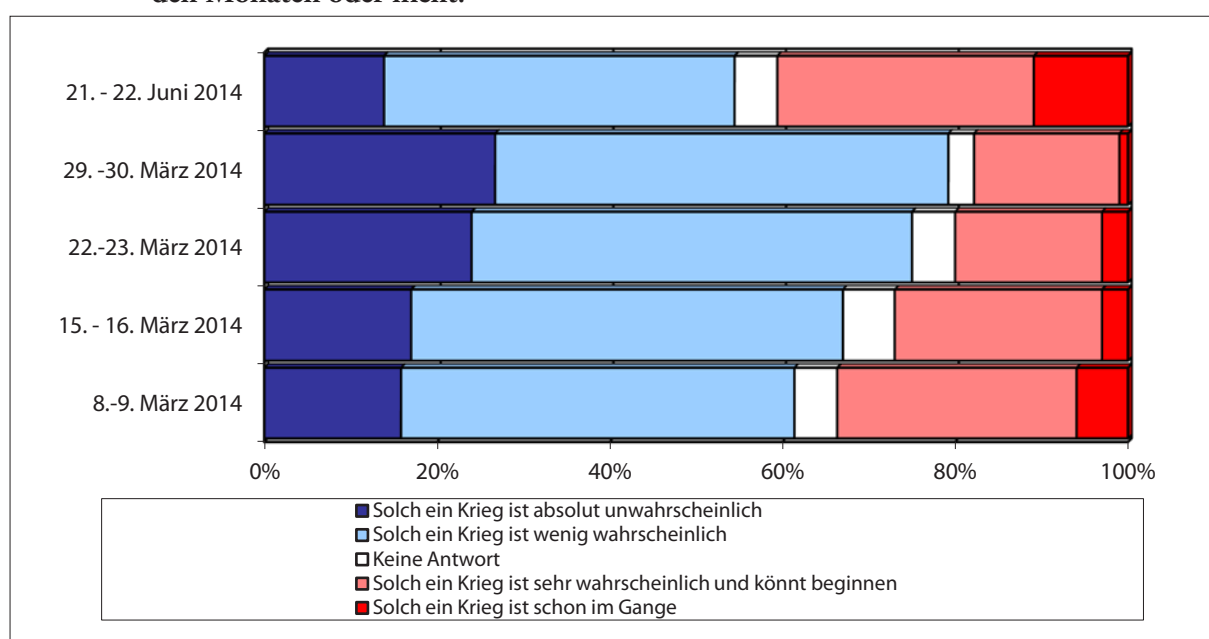
Die Entwicklung in der Ukraine in russischen Umfragen

Grafik 10: Gegen wen sind die Sanktionen des Westens gerichtet?



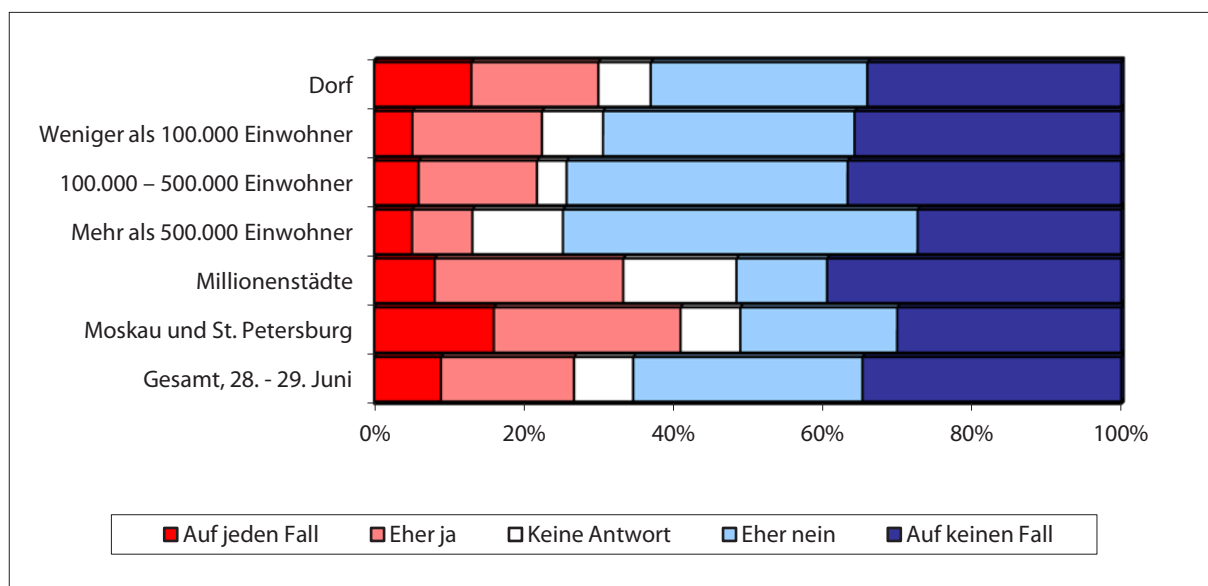
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Juni 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 8. Juli 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/08-07-2014/sanktsii-zapada-protiv-rossii>>

Grafik 11: Viele sprechen aktuell von einem Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Besteht Ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit eines solchen Krieges in den kommenden Monaten oder nicht?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 21.–22. sowie 28.–29. Juni, N jeweils 1600. Veröffentlicht am 7. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114885>>

Grafik 12: Sollte Russland in nächster Zeit Truppen in den Südosten der Ukraine entsenden um ein Ende des Konfliktes zu bewirken?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 21.–22. sowie 28.–29. Juni, N jeweils 1600. Veröffentlicht am 7. Juli 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114885>>

Einstellungen zu anderen Ländern

Tabelle 3: Nennen Sie bitten fünf Länder, die sie als engste Freunde, Verbündete Russlands bezeichnen würden

	2005	2007	2009	2011	2013	2014
Belarus	46 %	38 %	50 %	35 %	46 %	51 %
China	12 %	19 %	18 %	18 %	20 %	40 %
Kasachstan	20 %	39 %	38 %	33 %	31 %	37 %
Armenien	9 %	15 %	15 %	11 %	12 %	15 %
Indien	16 %	14 %	12 %	16 %	7 %	13 %
Kuba	-	8 %	11 %	13 %	9 %	10 %
Aserbaidschan	5 %	5 %	10 %	9 %	8 %	9 %
Bulgarien	11 %	9 %	9 %	9 %	10 %	8 %
Tadschikistan	3 %	7 %	9 %	5 %	5 %	8 %
Moldawien	4 %	4 %	5 %	4 %	6 %	7 %
Usbekistan	4 %	6 %	9 %	7 %	5 %	6 %
Kirgisien	5 %	7 %	9 %	6 %	5 %	6 %
Serbien	3 %	3 %	5 %	4 %	3 %	5 %
Venezuela	-	2 %	8 %	6 %	6 %	5 %
Türkei	2 %	3 %	4 %	7 %	5 %	4 %
Deutschland	23 %	24 %	17 %	20 %	14 %	4 %
Israel	5 %	3 %	3 %	5 %	3 %	4 %
Syrien	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %	4 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Nennen Sie bitten fünf Länder, die sie als engste Freunde, Verbündete Russlands bezeichnen würden (Fortsetzung)

	2005	2007	2009	2011	2013	2014
Japan	4 %	5 %	5 %	5 %	4 %	4 %
Südkorea	1 %	1 %	1 %	2 %	2 %	3 %
Mongolei	-	3 %	5 %	5 %	3 %	3 %
Finland	6 %	6 %	5 %	7 %	4 %	3 %
Italien	6 %	8 %	5 %	6 %	5 %	3 %
Nordkorea	3 %	2 %	1 %	4 %	1 %	3 %
Turkmenistan	2 %	8 %	5 %	3 %	2 %	3 %
Ägypten	2 %	2 %	2 %	5 %	2 %	2 %
Iran	2 %	3 %	2 %	1 %	1 %	2 %
Slowakei	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %
Schweden	3 %	2 %	2 %	3 %	2 %	2 %
Australien	3 %	3 %	2 %	2 %	1 %	2 %
Ungarn	3 %	1 %	2 %	2 %	2 %	2 %
Polen	5 %	3 %	2 %	3 %	4 %	2 %
Frankreich	13 %	9 %	9 %	9 %	4 %	1 %
Georgien	2 %	1 %	1 %	2 %	2 %	1 %
Ukraine	17 %	11 %	3 %	21 %	16 %	1 %
Großbritannien	5 %	3 %	3 %	3 %	2 %	1 %
Tschechien	2 %	2 %	1 %	2 %	3 %	1 %
Keine	10 %	10 %	13 %	11 %	15 %	13 %
Keine Antwort	14 %	18 %	14 %	15 %	14 %	16 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Mai 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 5. Juni 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/05-06-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>>

Russland und die Länder der Welt

Tabelle 4: Mit welchen der folgenden Ländern pflegt Russland aktuell die engsten, freundschaftlichsten Beziehungen? Nennen Sie bitte maximal fünf Länder.

Belarus	66,1 %
China	53,7 %
Kasachstan	53,3 %
Indien	16,4 %
Deutschland	14,0 %
Kuba	8,0 %
Japan	7,8 %
Venezuela	7,1 %
Frankreich	6,8 %
Türkei	6,3 %
Israel	5,6 %
Italien	4,5 %
Brasilien	3,1 %
Iran	2,5 %
Ukraine	2,4 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 4: Mit welchen der folgenden Ländern pflegt Russland aktuell die engsten, freundschaftlichsten Beziehungen? Nennen Sie bitte maximal fünf Länder. (Fortsetzung)

Großbritannien	1,9 %
Kanada	1,3 %
USA	0,9 %
Anderes	1,0 %
Mit keinem dieser Länder	4,3 %
Keine Antwort	12,9 %

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentlich Meinung von 30. Juni–1. Juli 2014, = 1500. Veröffentlicht am 11. Juli 2014 unter: <<http://fom.ru/Mir/11607>>

Tabelle 5: Mit welchen der folgenden Ländern hat Russland aktuell die schlechtesten, unfreundlichsten Beziehungen? Nennen Sie bitte maximal fünf Länder.

USA	77,3 %
Ukraine	61,8 %
Großbritannien	19,3 %
Deutschland	12,1 %
Kanada	8,3 %
Japan	3,7 %
Frankreich	3,3 %
Iran	2,9 %
Türkei	1,6 %
Italien	1,3 %
Israel	1,1 %
Belarus	0,7 %
Kuba	0,7 %
Kasachstan	0,5 %
China	0,4 %
Brasilien	0,3 %
Venezuela	0,2 %
Indien	0,1 %
Anderes	1,3 %
Mit keinem dieser Länder	1,9 %
Keine Antwort	7,9 %

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentlich Meinung von 30. Juni–1. Juli 2014, = 1500. Veröffentlicht am 11. Juli 2014 unter: <<http://fom.ru/Mir/11607>>

Tabelle 6: Die Zusammenarbeit mit welchen dieser Länder ist aktuell Ihrer Meinung nach am wichtigsten für die russische Wirtschaft? Nennen Sie maximal fünf Länder.

China	55,7 %
Belarus	35,4 %
Deutschland	27,5 %
Kasachstan	25,3 %
Japan	14,1 %
Indien	9,9 %
Frankreich	7,9 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 6: Die Zusammenarbeit mit welchen dieser Länder ist aktuell Ihrer Meinung nach am wichtigsten für die russische Wirtschaft? Nennen Sie maximal fünf Länder. (Fortsetzung)

USA	7,1 %
Ukraine	7,1 %
Großbritannien	4,6 %
Türkei	4,1 %
Italien	3,9 %
Israel	3,1 %
Iran	1,7 %
Brasilien	1,6 %
Kuba	1,3 %
Venezuela	1,1 %
Kanada	1,0 %
Anderes	1,0 %
Mit keinem dieser Länder	1,3 %
Keine Antwort	23,9 %

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentlich Meinung von 30. Juni–1. Juli 2014, = 1500. Veröffentlicht am 11. Juli 2014 unter: <<http://fom.ru/Mir/11607>>

Tabelle 7: Welches Land ist Ihrer Meinung nach für Russland das wichtigste, wertvollste Land? Mit welchen sollte Russland besonders gute Beziehungen pflegen? (nur eine Antwortmöglichkeit)

China	31,3 %
Belarus	10,7 %
Deutschland	5,8 %
USA	4,3 %
Kasachstan	2,9 %
Japan	2,3 %
Ukraine	1,9 %
Großbritannien	0,5 %
Indien	0,4 %
Israel	0,3 %
Iran	0,3 %
Brasilien	0,1 %
Kanada	0,1 %
Frankreich	0,1 %
Italien	0,1 %
Kuba	0,1 %
Türkei	0,1 %
Venezuela	0,0 %
Anderes	1,1 %
Keine Antwort	37,7 %

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentlich Meinung von 30. Juni–1. Juli 2014, = 1500. Veröffentlicht am 11. Juli 2014 unter: <<http://fom.ru/Mir/11607>>

3. – 17. Juli 2014

03.07.2014	Finanzminister Anton Siluanow teilt mit, dass 2015 100 Mrd. Rubel (ca. 2,1 Mrd. €) in die Entwicklung der Krim investiert werden sollen. Die Summe umfasst auch den Bau der Brücke über die Straße von Kertsch.
03.07.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Sitzung des Präsidialrates für die interethnischen Beziehungen teil. Im Zentrum stehen Initiativen zur patriotischen Erziehung der Jugend.
04.07.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, das ausländische Internetunternehmen verpflichtet, persönliche Daten russischer Nutzer auf russischem Territorium zu speichern. Betroffen sind unter anderem Facebook und Twitter.
04.07.2014	Der Föderale Dienstes für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadzor) verhängt ein Importverbot gegen Milchprodukte des Unternehmens »Milkyland-Ukraine«
04.07.2014	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass die Schwarzmeerflotte im gesamten Schwarzen Meer eine Übung durchführt, an der ca. 20 Kriegsschiffe teilnehmen. Zuvor waren vier Kriegsschiffe der NATO im Rahmen der »Standing NATO Mine Counter-Measures Group 2« in das Schwarze Meer eingelaufen. Sie sollen vor Bulgarien an einer Übung teilnehmen.
04.07.2014	Das russische Außenministerium protestiert gegen die Entscheidung des Koordinationsrates für Fernsehen und Radio in Moldawien, der die Ausstrahlung von »Rossija 24« bis zum 1. 1. 2015 untersagt. Diese Entscheidung verwehre das Recht auf freien Informationszugang, so das Ministerium.
05.07.2014	Dem Vorsitzenden der Versammlung der Krim-Tataren Refat Tschubarow wird die Einreise auf die Krim verweigert. Für ihn gilt ein fünfjähriges Einreiseverbot.
06.07.2014	Patriarch Kirill, das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche wird nicht zur Beerdigung des Kiewer Metropoliten Wladimir reisen, um »radikalen Kräften« keinen Anlass für Demonstrationen zu bieten. An seiner Stelle nimmt Ilarion, der Metropolit von Wolokolamsk an der Beerdigung teil. Der Kiewer Metropolit und Vorsitzende der ukrainischen orthodoxen Kirche Wladimir war am 5. 7. 2014 im Alter von 79 Jahren verstorben.
06.–07.07.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Unzukul (Dagestan) werden fünf Untergrundkämpfer und ein Polizist getötet. Drei weitere Angehörige der Sicherheitskräfte werden bei dem Einsatz verletzt.
07.07.2014	Ein Bezirksgericht in Kasan verurteilt vier Angeklagte im »Bulgarija«-Fall zu Haftstrafen von fünf bis elf Jahren. Beim Untergang des Ausflugschiffs »Bulgarija« auf der Wolga waren im Juli 2011 122 Personen ums Leben gekommen.
08.07.2014	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nimmt die Klage des Anwalts von Leonid Raswoschajew an. Im Zentrum steht die Entführung Raswoschajews von Kiew nach Moskau im Oktober 2012.
08.07.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Serbischen Premierminister Aleksandar Vučić. Im Zentrum des Gesprächs stehen Fragen der bilateralen Zusammenarbeit sowie die Energiebeziehungen. Dabei geht es vor allem um den von Russland geplanten Bau der »South Stream«-Pipeline.
08.07.2014	Präsident Putin gratuliert im Rahmen einer Videokonferenz den Veteranen und Eisenbahnern der »Baikal-Amur-Magistrale« (BAM) zum 40. Jahrestag des Baubeginns.
08.07.2014	Valentina Matwijenko, die Vorsitzende des Föderationsrates, empfiehlt im Rahmen einer Pressekonferenz den Senatoren des Föderationsrates, Auslandsreisen einzuschränken, um sich nicht möglichen Provokationen auszusetzen.
08.07.2014	Im Rahmen der andauernden Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Unzukul (Dagestan) werden zwei weitere Untergrundkämpfer getötet.
09.07.2014	Vertreter von »South Stream Serbia«, »Serbiagaz«, Gazprom und »Centrgaz« unterzeichnen in Belgrad (Serbien) eine Vereinbarung zum Bau der »South Stream« Pipeline auf serbischem Territorium. Das 2,1 Mrd. Euro teure Teilstück soll ab Ende 2016 Gas transportieren.
09.07.2014	Das Militärgericht im Bezirk Nordkaukasus verurteilt den ehemaligen Bürgermeister von Machatschkala (Dagestan, 1998–2013) Said Amirow zu zehn Jahren sowie seinen Neffen Jusup Dshaparow zu 8,5 Jahren strenger Lagerhaft. Die beiden waren angeklagt, den Abschuss eines Flugzeugs geplant zu haben, bei dem sich ein politischer Gegner Amirows, Sagid Murtasalijew, der Vorsitzender des Pensionsfonds in Dagestan, an Bord befunden hätte.
09.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft erstmals mit der neu zusammengesetzten Gesellschaftskammer zusammen. Diese besteht aus 40 Personen, die vom Präsidenten ernannt werden, 85 Vertretern der Gesellschaftskammern in allen Föderationssubjekte sowie 43 Vertretern von gesellschaftlichen Vereinigungen, die per Internet-Abstimmung ausgewählt wurden.

09.07.2014	Präsident Putin empfängt im Kreml eine Delegation ausländischer Rabbiner. Im Zentrum stehen gemeinsame Anstrengungen gegen eine Umschreibung der Geschichte, der Kampf gegen Neonationalismus und Neofaschismus, Xenophobie und Antisemitismus. Putin erklärt, dass Russland gegen jegliche Erscheinung des Nazismus ankämpfen werde. Das Treffen findet am Vorabend des Gedenktags für das Pogrom gegen Tausende Juden in Sewastopol im Juli 1942 statt.
09.07.2014	Wladimir Markin, offizieller Sprecher des Strafverfolgungskomitees, gibt die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen die Ukrainerin Nadeshda Sawtschenko bekannt. Sawtschenko, die in der Ostukraine für die ukrainischen Streitkräfte im Einsatz war, wird vorgeworfen, für den Tod zweier russischer Journalisten des »Staatlichen Fernseh- und Radiounternehmens« verantwortlich zu sein. Ein Bezirksgericht in Woronesh verhängt zwei Monate Untersuchungshaft gegen sie. Wie Sawtschenko nach Russland gelangte, ist bisher ungeklärt.
10.07.2014	Im Östlichen Militärbezirk wird eine unangekündigte Überprüfung der Kampfbereitschaft durchgeführt. Mehr als 9.000 Soldaten und 4.000 Fahrzeuge nehmen an Übungen teil.
10.07.2014	Wladimir Artamanow, Stellvertretender Leiter des Katastrophenschutzministeriums, gibt bekannt, dass in den Gebieten Rostow, Wolgograd, Astrachan, der Republik Kalmykien, der Region Stawropol sowie der Stadt Sewastopol auf Grund des anhaltenden Zuzugs von Flüchtlingen aus der Ukraine der Notstand verhängt wurde.
10.07.2014	Im Zentrum einer Sicherheitsratssitzung unter Leitung von Präsident Wladimir Putin steht die Situation in der Ukraine sowie die bevorstehende Reise Putins nach Lateinamerika.
11.07.2014	Präsident Wladimir Putin hält eine Sitzung mit Mitgliedern der Regierung ab. Im Zentrum der Erörterungen stehen die erleichterte Anerkennung der russischen Staatsbürgerschaft, eine erhöhte Mobilität von Arbeitskräften sowie die »De-Offshorisazija« der russischen Wirtschaft.
11.07.2014	Präsident Putin trifft zu einem Staatsbesuch auf Kuba ein. Im Zentrum steht die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Putin unterzeichnet u. a. ein Regierungsabkommen zwischen Russland und Kuba, durch das 90 % der Schulden Kubas aus Sowjetzeiten in Höhe von 35,2 Mrd. US-Dollar erlassen werden. Die restlichen 3,5 Mrd. US-Dollar sollen über einen Zeitraum von 10 Jahren zurückbezahlt werden. Am Abend trifft Putin mit Fidel Catro zusammen.
11.07.2014	Michail Kosenko, Verurteilter im »Bolotnaja-Fall« und seit Juni 2012 in Haft sowie in psychiatrischer Zwangsbehandlung, wird aus der Psychiatrie entlassen. Er wird im weiteren Verlauf an seinem Wohnort ambulant behandelt.
12.07.2014	Das russische Außenministerium protestiert bei der Ukraine gegen den Beschuss eines russischen Grenzpostens im Gebiet Rostow. Russland droht Gegenmaßnahmen an, falls sich ähnliche Vorfälle wiederholen.
12.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft bei einem Kurzbesuch in Nicaragua mit seinen Amtskollegen Daniel Ortega zusammen.
12.07.2014	Bei seinem Staatsbesuch in Argentinien führt Präsident Putin Gespräche mit seiner Amtskollegin Cristina Fernández de Kirchner. Im Beisein der beiden werden mehrere Vereinbarungen unterzeichnet, darunter über eine Zusammenarbeit im Justizbereich, über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie sowie im Medienbereich. Demnach wird der Sender »Russia Today« in Argentinien auf Sendung gehen.
12.07.2014	In Moskau stirbt im Alter von 65 Jahren die Oppositionspolitikerin, Journalistin, Bürgerrechtlerin und Dissidentin Walerija Nowodvorskaja. Sie engagierte sich für den Samisdat, wurde mehrfach verhaftet und zur Zwangsbehandlung in die Psychiatrie eingewiesen. 1992 war sie Mitbegründerin der »Demokratischen Union Russlands«. Präsident Wladimir Putin bekundet den Angehörigen sein Beileid.
13.07.2014	Das russische Außenministerium lässt den amtierenden Vertreter der Ukraine in Moskau einberufen und überreicht diesem eine Protestnote, nachdem abermals russisches Territorium von der Ukraine aus beschossen worden sein soll. Bei dem Vorfall war in der russischen Siedlung Donezk (Gebiet Rostow) ein Bewohner getötet worden. Zwei weitere wurden verletzt.
13.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft auf seiner Lateinamerikareise in Rio de Janeiro ein. Im Vorfeld des WM-Finales zwischen Argentinien und Deutschland treffen er und Außenminister Sergej Lawrow mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Im Zentrum der Gespräche steht die Situation in der Ukraine.
13.07.2014	Am Seligersee (Gebiet Twer) beginnt zum zehnten Mal das Jugendforum »Seliger«. Mehr als 20.000 Teilnehmer aus allen Regionen Russlands und 143 Staaten werden erwartet. Das Generalthema der Veranstaltung lautet »Globale Herausforderungen der Moderne«.
14.07.2014	Konstantin Romodanowskij, der Vorsitzende der Föderalen Migrationsbehörde, gibt bekannt, dass mehr als 30.000 ukrainische Flüchtlinge einen Flüchtlingsstatus und eine zeitweilige Aufenthaltsgenehmigung in Russland beantragt hätten. Seit Beginn der Krise in der Ostukraine seien 500.000 Ukrainer in die russischen Grenzregionen geflohen, davon hätten 130.000 eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung beantragt.

14.07.2014	Der Gouverneur des Gebiets Rostow, Wasilij Golubew teilt mit, dass nach dem Grenzzwischenfall beim Dorf Donezk, bei dem ein russischer Zivilist getötet worden war, zusätzliche Einheiten der Polizei und des südlichen Kommandos der Truppen des Innenministeriums herangeführt werden.
14.07.2014	Die russische Regierung verbietet den Behörden und Kommunen die Beschaffung von ausländischen Fahrzeugen.
14.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit seiner brasilianischen Amtskollegin Dilma Rousseff zusammen. Im Rahmen der Gespräche werden Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert sowie eine Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Luftfahrt vereinbart.
15.07.2014	Bei Wladiwostok (Region Fernost) beginnt das russisch-indische Marinemanöver »Indra-2014«.
15.07.2014	Bei einem Unfall in der Moskauer Metro kommen 23 Personen ums Leben. Mehr als 130 Passagiere werden zum Teil schwer verletzt. Die Ursache der Katastrophe werden untersucht.
15.–16.07.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Brasilien am 6. Treffen der Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten teil. Neben Fragen zur politischen Koordination wird die Gründung einer Entwicklungsbank der BRICS-Staaten sowie die Einrichtung eines Fonds an Währungsreserven zum Schutz vor Risiken der Finanzmärkte mit einem Volumen von jeweils \$ 100 Mrd. vereinbart. Im Rahmen des Treffens führt Putin u. a. Einzelgespräche mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, seinem südafrikanischen Amtskollegen Jacob Zuma sowie dem neuen indischen Premierminister Narendra Modi.
16.07.2014	Wenige Tage nach dem Staatsbesuch von Präsident Wladimir Putin auf Kuba wird gemeldet, dass Russland und Kuba eine Vereinbarung zur Reaktivierung des Abhörzentrums (Signals Intelligence) in Lourdes bei Havanna geschlossen haben. Die 1962 errichtete größte Abhöreinrichtung des sowjetischen bzw. russischen Auslandsgeheimdienstes wurde 2001 aus finanziellen Gründen und als Geste guten Willens an die USA geschlossen. Putin dementiert diese Meldung persönlich am folgenden Tag.
17.07.2014	Die USA verhängen weitere Sanktionen gegen Russland. Aktiva mehrerer russischer Rüstungskonzerne (u. a. »Almas-Antej«, »Kalaschnikow« und »Uralwagonsawod«) werden eingefroren. Gegen den Stellvertretenden Duma-Vorsitzenden Sergej Newerow; den Minister für die Angelegenheiten der Krim Oleg Saweljew sowie den Assistenten des Präsidenten Igor Schtschegolew werden Einreisesperren verhängt. Den Mineralölkonzern »Rosneft«, den Gasproduzenten »Nowatek« sowie die Banken »Gazprombank« und »Wneschekonombank« wird der Zugang zum Dollar-Finanzmarkt untersagt.
17.07.2014	Die europäischen Staats- und Regierungschefs beschließen auf dem EU-Gipfel in Brüssel eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland. Geschäfte mit bestimmten russischen Unternehmen werden Konzernen aus der EU untersagt, die Bankkonten der betroffenen russischen Unternehmen in der EU eingefroren. Eine Liste der betroffenen russischen Unternehmen soll bis Ende des Monats ausgearbeitet werden. Weiterhin werden die Europäische Investitionsbank sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung angewiesen, keine neuen Projekte für Russland zu genehmigen.
17.07.2014	Die Wahlkommission der Stadt Moskau lehnt die Registrierung der beiden Oppositionsaktivistinnen Olga Romanowa und Maria Gajdar ab. Beide wollten für die oppositionelle »Liste 45« kandidieren. Die Wahlkommission moniert, dass ca. 20 % der eingereichten Unterschriften nicht korrekt seien.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>